

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 26

Berlin, den 30. Juni 1928

3. Jahrgang

## Wirtschaftsgesundung mit unzulänglichen Mitteln.

Der neuen Reichsregierung meldeten schon eine Anzahl Organisationen ihre Forderungen zur Berücksichtigung an. Die Wünsche sind sehr vielseitig. Jede Interessengruppe möchte natürlich ihre Forderungen erfüllt sehen und die der Gegenseite abgelehnt wissen. Dabei wird vielfach übersehen, daß weder das Parlament eine bestimmte Interessensmehrheit zum Beschließen, noch die Regierung eine solche zum Durchführen hinter sich hat. So liegen die Dinge auch bei dem Stellen von Forderungen seitens der Arbeitgeber und seitens der Arbeitnehmer.

Die Forderungen der freien Gewerkschaften bestehen auch für eine neue Regierung in ihrem ganzen Umfange weiter, die nachstehenden wurden bereits in den letzten Wochen wieder mit aller Deutlichkeit erhoben. Die christlichen und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften haben ihre Wunschzettel aufgestellt.

Nun kommen auch die Unternehmer. Ihre politischen Vertreter laten sich bereits bei der Regierungsbildung im Ueberfordern hervor, aber auch eine maßgebende Unternehmerorganisation, der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, hielt es für angebracht, eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 19. Juni in Düsseldorf abzuhalten und der zu jener Zeit noch gar nicht vorhandenen neuen Reichsregierung Forderungen und Mahnungen zu erteilen sowie Forderungen aufzustellen.

Die dort versammelt gewesenen Leute betrachteten sich als das Unternehmertum und die Wirtschaft, und gebärdeten sich auch so; sie gaben ja bisher gewöhnlich den Ton an, und der Chor der Unternehmer stimmte willig ein. Wenn Unternehmer Tagungen haben, horcht auch die Öffentlichkeit auf; denn auch sie nimmt an, die Unternehmer seien die Wirtschaft. Sie sind die Wirtschaft jedoch nicht, sie bilden es sich in ihrem Größenwahn nur ein.

In der Versammlung wurden auch Reden gehalten. Mehrere sogar. Es sprachen Generaldirektor Neusch, Dr. Silberberg, Direktor Fütte, Preussischer Finanzminister Dr. Höpfer-Ulshoff, Kommerzienrat Dr. Wieland und Dr. Helmut Roensgen. Die Reden der Unternehmervertreter enthielten in der Hauptsache allgemeine Klageklagen, wie sie Unternehmervertreter täglich bei Lohn- und Tarifverhandlungen singen. Der Text ist einheitlich und bezieht sich auf angeblichen Mangel des Aktienkapitals, zu geringe Dividenden, zu hohe Belastung der Wirtschaft, Auslandsverschuldung, Verschwendung von Volkvermögen, Warnung an den Reichstag, durch geschweherte Maßnahmen die Wirtschaft nicht zu belasten, parsames Wirtschaften, Vereinfachung der Verwaltung, Minderung der Soziallasten. Auf diese Punkte beziehen sich auch die Forderungen der Unternehmer bzw. ihre Vorschläge zur Wirtschaftsgesundung.

Wer in den Reden nach irgendetwas neuen wegweisenden Gedanken sucht, wird trotz aller Mühe keinen finden. Die gesamten Ausführungen lassen jeden Gehalt schöpferischen Geistes vermissen, und damit wollen die rückwärtigen Industriekämpen zur Wirtschaftsgesundung kommen. Ein treffenderes Beispiel und einen besseren Beweis hätte der Langsamere beim Professor Schmaltens für seine Behauptung, daß von einem bewußten Willen der Wirtschaftsführer, sich an einer neuen Wirtschaftsform zu versuchen, nicht die Rede sein kann, nicht erbringen können. Generaldirektor Neusch litt ja selbst stark unter dieser Umwindung; denn er jagte ausdrücklich: „Das Unternehmertum befindet sich seit Kriegsende bei der Vertretung seiner Belange fast immer in der Defensive; es wird zu prüfen sein, ob es durch die Entwicklung der Verhältnisse nicht gezwungen wird, die bisherige Haltung zu ändern.“ Damit wird nur die Tatsache erbartet, daß die deutschen Unternehmer zur Anbahnung einer Verringerung der Wirtschaft im fortschrittlichen Sinne nicht mehr fähig sind, neue Ideen also nicht haben. Sie verteidigen nur noch. Sie klammern sich mit allen Fingern ihres Verzugs an ihr bisheriges Besitz und sehen nicht mehr die großen Probleme der Wirtschaft, die die Menschheit bewegen, vor allem erkennen sie nicht, daß sie mit dieser Entwicklung gehen müßten. Erst wenn sie dazu gezwungen werden, wollen sie die bisherige Haltung ändern. Das ist das typische Bekenntnis der Unternehmer. Wer aber meint, diese Selbstkenntnis bringe sie auf den Weg der Besserung, ist auf dem Holzwege. Sie klammern über ihre jetzige Lage, hervorgerufen durch ihre Politik mit ihren schrecklichen Folgen, und sind zum übergroßen Teil wieder bereit, die gleiche schädliche Politik zu treiben. Sie klammern über die hohen Soziallasten und tragen durch ihre Wirtschaftspolitik dazu bei, Wirtschaft- und Nationalisierungssopfer zu Hunderttausenden auf die Straße zu werfen. Sie klagen über die teure Staatsverwaltung und stützen im gleichen Atemzuge die reaktionären Staatsgebilde, die sich jeder Reform starkköpfig wie ungegessene Kinder verweigern. Sie klagen über zu hohen Weizenbrotverbrauch und zu hohen Zigarettenverbrauch, und gehen mit ihren Familienangehörigen im Verbrauch dieser Dinge meist nicht mit gutem Beispiel voran.

Auch das ist deutsche Unternehmercharakteristik. Die deutschen Unternehmer verlangen immer nur von anderen Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, Nachsicht und große Opfer, nur vergessen sie dabei den großen Erziehungsgrundsatz, daß das beste Vorbild den günstigsten Erfolg in allen Erziehungsfragen bringt.

Sie tun in entscheidenden Fragen also stets das Gegenteil von dem, was sie wünschen, daß es andere tun.

Das ist des deutschen Unternehmertums Tragik. Ihm fehlen die voraussehenden, zukunftsbaunenden Köpfe, die den Mut haben, Verderben zu gestatten, zu vertreten und zu weikern. Bei dem ersten Versuch des Sozialdemokraten Hermann Müller, eine Regierung zu bilden, traten die gleichen Erziehungsgrundsätze. Gerade die politischen Vertreter des Unternehmertums stellten Forderungen, die nicht einmal eine Bürgerblockregierung erfüllen, die auch kein Staatswesen ertragen könnte, aber sie wurden gestützt, um der Arbeiterschaft nicht den Einfluß im Staate zu gewähren, den sie auf Grund ihrer Stärke und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend haben müßte.

## Begrenzung der Kriegsschuld?

Noch liegt unser Kriegserbe, die Reparations-schuld, wie ein Alpdrück über Deutschland. Die vorläufige Regelung durch den Dawesplan hat weder eine Festsetzung der Endsumme gebracht — wenn man von der phantastischen Summe des Londoner Abkommens, 132 Milliarden, absteht — noch eine Begrenzung der Zahrraten, denn beim Steigen des Wohlstandes kann die jährliche Normalleistung von 25 Milliarden Reichsmark unbegrenzt erhöht werden. Diese Unsicherheit verwirrt die Kredit- und Steuerpolitik, sie wirkt auf die Preis-, Lohn- und Sozialpolitik zurück und lähmt so die ganze Wirtschaft.

Schon in seinem letzten Jahresbericht hat Parler Gilbert, der Reparationsagent, die Frage der Begrenzung der Reparationen aufgeworfen. In dem jetzt vorliegenden Zwischenbericht kommt Parler Gilbert auf diese Frage zurück. Im Schlußwort, offenbar dem wichtigsten Teil des Schriftstückes, sagt er: „Der Plan ist nicht Selbstzweck; wenn es auch das erste Ziel der Sachverständigen war, den Alliierten die Rückzahlung der deutschen Reparations-schulden zu gewährleisten, so sollte er darüber hinaus einen Teil des großen Problems des Wiederaufbaus Europas lösen.“ Von diesen beiden Gesichtspunkten aus bleibe noch die endgültige Festsetzung von Deutschlands Reparationsverpflichtung übrig. Im Interesse sowohl der Gläubiger als auch Deutschlands läge es, durch gegenseitige Verständigung zu einer endgültigen Regelung zu kommen, und zwar, wie die Sachverständigen in dem Schlußwort ihres Berichtes ausgeführt hätten, sobald die Umstände dies erlaubten.“

Gilbert betont, daß Deutschland bisher regelmäßig und pünktlich erfüllt habe, und daß Schwierigkeiten bei der Uebertragung der Zahlungen an das Ausland nicht entstanden seien. Er erwartet, daß auch die vom September ab beginnende Standardzahlung von 25 Milliarden Reichsmark jährlich gewährleistet werde. Er gerät auch nicht den wenig erfreulichen Hinweis, daß diese Normalleistung erhöht werden kann. Wir wollen hoffen, daß diese Tatsachen nicht zu einer übermäßigen Einschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit führen.

Wie immer ist auch diesmal Gilberts Bericht eine Art Zensur der Finanzpolitik des Reiches und der deutschen Wirtschaftspolitik im allgemeinen. Die Gesamtbeurteilung ist etwas freundlicher geworden. In bezug auf den Haushalt erkennt Gilbert an, daß das Deutsche Reich in der letzten Zeit in hohem Maße bestrebt gewesen ist, eine Gesundung der Finanzgebarung herbeizuführen. In diesem Sinne habe gewirkt die Unterdrückung der außerordentlichen Ausgaben im Haushaltsentwurf 1928/29, die Versuche, zu einem Finanzausgleich zu kommen, und die von Gilbert sehr geliebte Beratungsstelle für Auslandsanleihen. Es sei aber auch noch nicht genug geschehen. Eine allgemeine Einschränkung der Ausgaben sei notwendig. Darum fordert Gilbert für die Zeit nach dem 31. März 1929 statt der vorläufigen eine endgültige Regelung des Finanzausgleiches, um die Länder und Gemeinden zur Sparsamkeit zu zwingen.

In bezug auf die allgemeine Wirtschaftspolitik hält Gilbert zunächst eine Mahnung gegen weitere Preis-

steigerungen für notwendig, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie mit dem Ausland verringern und die erfreuliche Entwicklung der deutschen Ausfuhr ungünstig beeinflussen würde. Nicht gerade im Einklang mit dieser Forderung steht das ziemlich unverhüllte Eintreten Gilberts für Erhöhung der Eisenbahntarife, die doch verteuern auf die Produktion wirken müßten. Die Eisenbahn ist eben die ergiebigste Quelle der Reparationskommission und muß von der deutschen Wirtschaft reichlich gefüttert werden, damit sie abgabefähig bleibt. Es ist selbstverständlich, daß wir jede Stellungnahme gegen einen weiteren Preisauftrieb begrüßen, auch wenn sie von Seiten des Reparationsagenten erfolgt, der damit sicher nur seinen eigenen Interessen dient. Aber die bekannte Wirtschaft in Vansföckchen hat wieder einmal Gelegenheit, die Lohn- und Sozialpolitik dafür verantwortlich zu machen, woran ihre eigene Unfähigkeit die einzige Schuld trägt: für die verhinderte Preislenkung oder wenigstens für das verhinderte Festhalten des gegenwärtigen Preisstandes.

Neht widerspruchsvoll ist auch Gilberts Unseihpolitik, dieses Sorgenkind der deutschen Wirtschaftspolitik. Gilbert gibt die Fruchtbarkeit der Auslandsanleihen, ihre Bedeutung für die Anfurberung der deutschen Wirtschaft unumwunden an. Er schätzt die auswärtige Verschuldung auf 635,4 Millionen Reichsmark für die langfristige und ebenso hoch für die kurzfristige Verschuldung. Wenn nach Gilberts eigener Ansicht, die Bildung von eigenem Kapital innerhalb Deutschlands größer gewesen ist als die Ansammlung von Auslandsschuld, war das nur möglich durch die Befruchtung der deutschen Wirtschaft mit fremdem Kapital. Um so bestrebender wirkt immer wieder Gilberts Stellungnahme gegen die öffentlichen Anleihen, die eine mindestens ebenso produktive Verwendung finden, wie die Anleihen für die Privatindustrie. Im Gegenteil, gerade die für Notstandsarbeiten, Wohnungsbau usw. verwendeten öffentlichen Mittel haben weit mehr den Charakter von Anfurberungs-krediten, dienen weit mehr dazu, die gelähmten Wirtschaftszweige anzuregen, als die nach den Stellen des höchsten Profites fliehenden Privatankleihen. Gilbert wird sich wohl oder übel damit abfinden müssen, daß die Struktur der Wirtschaft in Deutschland andersartig ist als in den Vereinigten Staaten, daß in Deutschland die öffentliche Wirtschaft schon eine hervorragende Rolle spielt und sich nicht einfach durch Kapitalentziehung aushungern läßt.

Es scheint, daß noch das laufende Jahr wichtige Verhandlungen über die Reparationsfrage bringen wird. Eine Verständigung wird nur dann möglich sein, wenn sie nicht nur für unsere Gläubigerstaaten, sondern auch für Deutschland wesentliche Vorteile bringt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Festsetzung der Schuld eine nach allem menschlichen Ermessen endgültige Lösung ist, die uns obendrein die Selbstverantwortung für die Uebertragung der Zahlungen aufbürdet. Die schlimmste Ungewißheit kann besser sein, als die Sicherheit, die keinen Ausweg mehr offen läßt. Darum wird Deutschland schon vor einer wesentlichen Entgegenkommen fordern müssen, bevor es sich auf eine unabänderliche Gesamtsumme festlegt.

## Die Heimarbeitsgesetzgebung im In- und Auslande.

III.  
Australischer Bundesstaat:  
Der 1. australische Staat, welcher den Grundzug der Mindestlöhne anwandte, war Victoria. Dasselbst wurde im Jahre 1896 ein Gesetz angenommen. Von 1896 bis 1910 wurden vom Bundesparlament und den Parlamenten der einzelnen Staaten Gesetze verabschiedet, die sich auf alle Fälle gewerblicher Streitigkeiten beziehen.

Die Gesetze der einzelnen Bundesstaaten weichen voneinander ab. In Victoria und Tasmanien kennt man nur das System der Fachlohnämter. In Ostaustralien war bis Ende 1925 ausschließlich das System der Schiedsgerichte in Geltung. In Neu-Südwalles oblag die Lohnregelung 3 verschiedenen Ämtern oder Gruppen von Ämtern, nämlich dem Gewerbe-schiedsgericht, dem Handelsamt und den für verschiedene Gewerbe errichteten Fachämtern. Queensland hat ein ähnliches System wie Neu-Südwalles. In Südaustralien steht das Gewerbeamt allgemein gültige Löhne auf Grund der Lebenskosten fest. Alle im australischen Bundesstaat vorhandenen Gesetze betreffen die Regelung von Mindestlöhnen haben Geltung für Arbeiter beiderlei Geschlechts. Diese Gesetze haben oft als Vorbild für die europäische Gesetzgebung verdiente Würdigung gefunden.

Großbritannien: Ueber Einführung von Mindestlöhnen erließ Großbritannien 1909 ein Gesetz über Errichtung von Fachlohnämtern. 1918 wurde das Gesetz von 1909 erweitert und 1923 wurde ein neues Gesetz angenommen, welches wesentlich von den Bestimmungen über Festsetzung von Lohnstarifen durch die Fachlohnämter von den Gesetzen von 1909 und 1918 abweicht. Die Gesetze von 1909 und 1918 beschränkten ihre Anwendung auf 4 resp. 8 Gewerbe. Durch das Gesetz von 1923 ist es möglich geworden, dieselben auf 40 Gewerbe anzuwenden.

Somit können die Gesetze auf jedes Gewerbe Anwendung finden, in welchem nach Ansicht des Arbeitsministers keine ausreichende Vorkehrung zur wirksamen Regelung der Löhne für das ganze Gewerbe getroffen ist. Die Gesetze beziehen sich auf männliche und weibliche Arbeiter.

Mit der Durchführung der Gesetze sind Fachlohnämter betraut. Ueber die Zusammenfassung der Fachlohnämter ist nur soviel gesagt, daß die Zahl der unparteiischen Mitglieder geringer sein muß, als die Hälfte der Parteimitglieder. Eine feste Mitgliederzahl ist vorgeschrieben. In denjenigen Gewerben, in denen Heimarbeit beschäftigt sind, müssen auch Vertreter der Heimarbeiter den Fachämtern zugefügt werden.

Auch hier ist maßgebend, nur dem Neuen die Wege nicht freimachen, nur nicht zeitgemäß umgestalten und aufheben, sondern Festhalten am alten, kämpfen in der Defensive, und lieber zugrunde gehen, als alte Ueberlieferungen und Vorurteile aufgeben. So will es die deutsche Speicherei, so die Wirtschaftsspeicherei, so die Unternehmervertreter eines Volkes, das unbedingt die Anlehnung an die Weltwirtschaft braucht, das unbedingt die neuesten Probleme der Wirtschaft meistern möchte, wenn es auf der Höhe der Entwicklung bleiben will.

Da sind gegenüber den Unternehmerorganisationen die Gewerkschaften wirklich Antriebskräfte der Wirtschaft, der Politik und der Kultur. Sie drängen die Trägen, Hemmenden, Rückwärtsstrebenden nach vorwärts. Sie treiben die Säumnigen zur Anerkennung der Entwicklung. Sie greifen in die Speichen des Rades der Zeit und halten es in Bewegung, damit es nicht stille steht und verrottet.

Die organisierte, aufwärtsstrebende, kämpfende Arbeiterschaft steht deshalb in der Offensive. Sie zwingt das Unternehmertum zu Notwendigkeiten, die sich nicht umgehen lassen, zu Veränderungen, die nicht zu vermeiden sind. Darin liegt das Wertvolle der Gewerkschaftsbewegung. Die Gewerkschaften sind bereits Träger einer neuen Wirtschaftsethik, sie sind aber auch Träger moderner Wirtschaftsformen. Ihnen gehört die Zukunft. Wenn die Gegenseite politisch auch noch soziale Schwierigkeiten aufhäuft, die Gewerkschaften und die sozialistische Arbeiterbewegung gehen deshalb trotzdem ihren Weg. Das sollten ihrem Gegner gerade die letzten Jahre und besonders die letzten Wahlen gezeigt haben. Je mehr sich die Reaktionsäre dagegen stemmen, desto schneller rückt die Zeit heran, daß die Wirtschaft keine Wohlhabtseinrichtung mehr für wenige durch Erbschaft beglückte Besitzer von Fabriken, Bergwerken, Gütern, Banken und Aktienpapieren ist, sondern die Kraftheerde für ein zukunftsreiches, arbeitsfreudiges, werteschaffendes Volk. Mit den unzulänglichen Mitteln, wie die Unternehmervertreter des Langsamerevereins die Wirtschaftsgesundung herbeiführen wollen, erreichen sie nichts. Sie bekennen damit nur ihre Rückständigkeit, ihr Nachhinken hinter der Zeit.

Die Gesundung der Wirtschaft wird deshalb die Arbeiterschaft herbeiführen müssen. Wollen die Unternehmer Anteil daran haben, ist es gut, wenn nicht, vollbringt die Arbeiterschaft diese Aufgabe gegen ihren Willen. Sie wird dabei den Weg gehen, den sie für richtig hält.

Arbeiter und Arbeiterinnen, erkennt die Dinge, bereitet euch unablässig dazu vor, eignet euch Wirtschaftskennnisse an, dann geht es um so glatter, wenn der Zeitpunkt herangereift ist. Ein Unternehmertum, das seine Entwicklungspflichten so mißachtet, ist wert, daß es recht bald von impulsiven Kräften des Sozialismus abgelöst wird.



## Gewerbeaufsichtsbeamte a's Vertreter industrieller Interessen.

Vor einiger Zeit mußten wir in unserem Fachorgan Herrn Gewerbeamt Gutmann, Forst, entgegenzutreten, der eine ziemlich arbeiterfeindliche Stellung im „Zentralblatt für Unfallversicherung und Gewerbehygiene“ zur Verordnung vom 9. 2. 27, die zum Schutze der Arbeitskraft der Glasarbeiter erlassen worden ist, einnahm. In der Nr. 17 des Reichs-Arbeitsblattes führt sich Herr Oberregierungsrat i. R. Kattentidt, wenn erneut bemängelt, eine Länge für die stark mit internationalem Kapital arbeitende mechanische Fensterglasindustrie in der Frage der Schichteneinteilung und Arbeitszeit zu brechen. Eine Antwort hätten wir gern unterlassen, da sich der betreffende Herr als Laie ohne Zweifel große Mühe gegeben hat, den geschichtlich historischen Werdegang der Tafelglasindustrie bis zur vollendeten Maschinenarbeit festzuhalten. Einige Stellen seiner Ausführungen erscheinen uns aber allzu stark einseitig inspiriert, und können diese nicht un widersprochen gelassen werden, zumal der Artikel des Herrn K. sicher auch auf Behörden und vor allem Dingen auf Gewerbeaufsichtsbeamte wirken soll.

Bei seinen Schilderungen behandelt Herr K. auch die pneumatische Glasmacherpeife von Lorenz Vippold und zwar als Uebergang vom Mundblasenverfahren zum halbautomatischen Arbeitsverfahren in der handarbeitenden Tafelglasindustrie. Folgender Satz ist im Artikel des Herrn K. enthalten:

„Auch die Einführung dieser Pfeife ist, soweit bekannt, bedauerlicherweise an dem Widerstande und dem Mißtrauen der Facharbeiter gescheitert.“

Demgegenüber müssen wir feststellen, daß die Einführung der pneumatischen Glasmacherpeife nicht am Widerstande der Glasarbeiter gescheitert ist, sondern am organisierten Widerstand der deutschen Glasindustriellen. Folgende Resolution der Reichskonferenz der Glasarbeiter vom 7. März 1926 möge die notwendige Aufklärung selbst geben.

„Die heute am 7. März tagende Reichskonferenz der Tafelglasarbeiter Deutschlands befaßte sich am 3. Tagesordnungspunkt mit der Einführung der pneumatischen Glasmacherpeife für die Großglasindustrie. Durch technische Verbesserungen an der pneumatischen Glasmacherpeife und dadurch, daß mehrere Betriebe mit derselben schon jahrelang arbeiten ist der Nachweis erbracht, daß die pneumatische Glasmacherpeife für die gesamte Großglasindustrie eingeführt werden kann. Die Konferenz ersucht deshalb den Reichstag und die gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Länder zu beschließen, daß in einer Notverordnung die Einführung der pneumatischen Glasmacherpeife für die gesamte Großglasindustrie eingeführt werden kann. Die Konferenz ersucht deshalb den Reichstag und die gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Länder zu beschließen, daß in einer Notverordnung die Einführung der pneumatischen Glasmacherpeife festgestellt wird. Die Wirtschaft- und Lebensverhältnisse und der Gesundheitszustand der Großglasmacher erfordert dies dringend. Die Tafelglasarbeiter Deutschlands stellen sich einmütig hinter diese Forderung.“

Wir sind außerdem noch in der Lage, tausende von Unterchriften von Reichsmitgliedern der Glasindustrie beizubringen, die auf Einführung der pneumatischen Glasmacherpeife vor Jahren gedrängt haben und heute noch danach verlangen. Der internationale Glasarbeiter-Kongress in Paris im Jahre 1927 stellte erneut die Forderung an die einzelnen Länder-Regierungen, daß in der Großglasindustrie international von der Einführung der pneumatischen Glasmacherpeife Gebrauch gemacht wird. Wir müssen diese Beweise anführen, da immer noch im Reichstag die Forderung der heutigen Glasarbeiter auf obligatorische Einführung der pneumatischen Glasmacherpeife käuft, und weil wir die Auffassung vertreten, daß sich dieselbe noch durchsetzen wird und muß, vor allem in den Reservaten der Glasindustrie, wo Maschinenarbeit kaum durchführbar sein dürfte. Hätten die einzelnen Gewerbeaufsichtsbeamten unter Beachtung des § 120a der Gew. der Arbeiterschaft im Kampf um Einführung dieses Arbeitsinstrumentes zur Seite gestanden, dann würden bestimmt weitestgehend der Glasindustrie heute damit arbeiten, und so eine Erleichterung in der schweren Berufsarbeit haben. Herrn K. können wir die einzelnen Schriftsätze der Glasindustriellen, an die bürgerlichen Parteien des Reichstages gerichtet, zustellen, die auf Verhinderung der Einführung der pneumatischen Pfeife hingingen.

Nach Behandlung des mechanisch arbeitenden Lubberverfahrens, das heute noch stark in Amerika vorzufinden ist, kommt der Verfasser des Artikels im Reichsarbeitsblatt auf die in Deutschland seit einigen Jahren vorherrschenden Arbeitsmethoden nach Houshold und Coburn-Libbo-Wrens. Nach den Ausführungen zum Artikel ist zu schließen, daß das gesamte Material dazu von der Industrie geliefert worden ist, denn selbst im neuesten der Glasindustrie herausgegebenen Buch von Tralle-Keppler findet man die Aufnahme nicht mit so großer Deutlichkeit vor, als sie von Herrn K. wiedergegeben werden. Im Artikel des Herrn K. heißt es bei der gesamten Behandlung der mechanischen Fensterglasindustrie u. a.:

„Bei einem etwaigen Abreißen des Glasbandes unterhalb des untersten Walzenpaars wird erforderlich, die entstehenden Scherben einzusammeln und die Ziehmaschine durch besondere Brenner wieder vorzuwärmen. Von solchen Arbeiten bei Betriebsunterbrechungen absehen, haben die Arbeiter körperliche Überwachung vorzunehmen.“

Im gleichen Abfah heißt es weiter: „Nach Außentemperaturen von 5° C ist an den Arbeitsplätzen im unteren Hüttenraum eine Temperatur von 27—28°, auf der oberen Bühne von 22°, in der mittleren Bühne von 50° Wärme festzustellen.“

Nach diesen Darstellungen müßte ein Laie annehmen, die mechanischen Fensterglaswerke sind die reinsten Sanatorien. Dieser Auffassung ist auch der Artikelverfasser stark beigetreten, denn er hält es auf Grund der von ihm gemessenen Temperaturen nicht für notwendig, daß in der mechanischen Fensterglasindustrie in vierstündigem System gearbeitet werden braucht, ja, er empfiehlt seiner harschesten Behörde, dem Reichsamt, in eine Nachprüfung der für die Glasindustrie erlassenen Bundesratsverordnung vom 23. 5. 1906 einzutreten und sie zu Gunsten der mechanischen Fensterglasindustrie dahingehend abzuändern, daß im dreischichtigen Betrieb mit Sonntagsarbeit gearbeitet werden darf. Diese Forderung ist ein ziemlich hartes Stück eines chemischen Gewerbeaufsichtsbeamten und muß in Arbeitnehmertreuen Veranlassung zu allerhand Vermutungen geben.

Wie sieht es in der Praxis in den mechanischen Fensterglasbetrieben aus? Es wird in diesen Betrieben nach wie vor Glas geschmolzen und verarbeitet. Der Schmelzprozess der großen Öfen, die sich 24—28 m lang im Hüttenraum erstreckt, läßt wesentlich mehr Hitzegrade ausströmen, als dies früher in der Handarbeit beim Öfenbau oder kleinen Öfenbetrieb der Fall war. Trotz modernster Abluftanlagen im Arbeitsraum fällt die Hitze ziemlich lästig auf. Dazu treten die Abgase der Glasmelze, sowie die der geschmolzenen Maschinen. Der Aufenthalt in diesen Hüttenräumen wohl nicht als angenehm zu bezeichnen. Faktisch ist, daß durch fehlerhaftes Material oder vor dem Stückchen Fehler im peipagenen Glasband des Öfen vorzukommen, so muß das Maschinen-Beobachtungspersonal in der mittleren Bühne bei 50—80° Wärme oft stundenlang arbeiten, um den Bruch des Glasbandes zu verhindern. Nicht besser ergeht es dem Maschinen-Beobachtungspersonal im Libbo-Wrens-Verfahren oder gar der Kühlturmsäule und dem Abschöpfer. Sie sind durch die Ausstrahlung von Hitze Temperaturen des zu ver-

arbeitende. Glases von 950 1000° ausgesetzt und wenn es nach den Behauptungen der Industriellen auch nur Minuten sein sollen, so muß aber jeder Sozialdenkende wohl einsehen, daß bei diesen Temperaturen der Körper infolge des ungeheuren Schweißverlustes bald ermattet ist. Wie unter diesen Umständen der Herr Gewerbeamt, der zum Schutze der Arbeitskraft vom Staate angestellt ist, zu dem Ergebnis kommen kann, in dieser Industrie kann unbeachtet um die Gesundheit der Arbeiter dreischichtig mit Sonntagsarbeit gearbeitet werden, ist uns unbegreiflich. Entweder ist die Zeit der Beschäftigungen der Betriebe zur eigenen Information nicht ausreichend gewesen, oder stand der Artikelverfasser bei Abfassung allzu stark unter dem Gefolge der Industriellen. In dieser Annahme müssen wir unbedingt kommen, denn bei der Begründung zur Sonntagsarbeit in der mechanischen Industrie schreibt Herr K.:

„Unterbrechung des Betriebes der Ziehmaschine an den Sonntagen ist technisch schwierig, wirtschaftlich aber unmöglich.“

Technisch haben wir vorläufig selbst eine Unterbrechung des Arbeitsprozesses am Sonntag für nicht vorteilhaft erachtet. Wirtschaftlich muß die mechanische Fensterglasindustrie bestimmt in Gegenüberstellung der früher erreichten Produktion bei Handarbeit in der Lage sein, Sonntagsruhe einzuführen; dies geht ja mit aller Deutlichkeit auch aus den Produktionszahlen des Verfassers der mechanischen Fensterglasindustrie hervor.

Wir wollen Herrn Gewerbeamt K. schon heute verraten, daß nichts unversucht gelassen wird, um die Arbeiter in der mechanischen Fensterglasindustrie dem Schutze des § 7 der ArbZ. zu unterstellen. Ferner werden wir daraufhin wirken, daß infolge der schweren Arbeitsleistung für das Maschinenbedienungspersonal das Vierstundensystem eingeführt wird, wenn es nicht anders gehen sollte, so zumindest mit Hilfe des internationalen Arbeitsamtes in Genf, dem unsere diesbezüglichen Anträge bereits seit Monaten vorliegen.

Es wäre bald zu erhoffen, daß die einzelnen Gewerbeaufsichtsbeamten und die Behörden mehr Verständnis für die Not der Arbeiterschaft an den Tag legen. Das Gebahren der Gewerbeaufsichtsbeamten, Herrn Gutmann-Forst, und des Herrn Kattentidt wird fast zum öffentlichen Skandal, deshalb glauben wir feststellen zu dürfen, daß diese Herren bestimmt ihren Beruf verfehlt haben. Wir werden nicht unterlassen, auch im Reichs-Arbeitsblatt unsere notwendigen Aufklärungen in der Frage der Arbeitszeit der Glasarbeiter veröffentlichen zu lassen.

Krebs.

## Stimmt gegen die Errichtung einer Zwangsinnung?

Aus den Kreisen der Gewerbetreibenden des Thermometer- und Glasinstrumentenmacherhandwerks in den Gemeinden Großbretzenbach, Altsfeld, Reustadt a. R., Wasserberg, Gillerdorf, Krietersdorf, Wöhlen, Willmersdorf, Wildenspring, Gerchdorf, Schwarzühle und Dölze ist der Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung gestellt worden. Der Vorsitzende des Kreisverwaltungsgerichts für den Landkreis Arnstadt in Arnstadt hat, dem gestellten Antrag zufolge, die beteiligten Gewerbetreibenden — soweit uns bekannt ist, handelt es sich in der Hauptsache um Heimarbeiter — aufgefordert, sich bis zum 1. Juli d. J. schriftlich zu erklären, ob sie dem Antrag zustimmen oder nicht. Bei der Abstimmung entscheidet die Mehrheit derjenigen, die sich an der Abstimmung beteiligen. Es ist notwendig, daß die in Betracht kommenden Thermometer- und Glasinstrumentenmacher unverzüglich schriftlich zu Händen des Vorsitzenden des Kreisverwaltungsgerichts in Arnstadt erklären, daß sie dem gestellten Antrag nicht zustimmen.

## Bleierkrankungen in der feinkeramischen Industrie.

In den ersten Jahren nach dem Kriege hatte es den Anschein, als ob die Gefahr der Bleivergiftung in den keramischen Betrieben behoben sei; neue Erkrankungsfälle wurden in dieser Zeit nicht gemeldet. Das ist jedoch in den letzten 3 Jahren anders geworden. Die Meldungen über Bleierkrankungen häufen sich wieder. Vor allem kommen solche aus Steingut- und Feinsteingutbetrieben, aber auch aus Porzellanfabriken. Während in den Steingut- und Feinsteingutbetrieben die Glasarbeiter, Maler und Spritzer besonders gefährdet sind, kommen in den Porzellanbetrieben die Fondsprüher in Frage. Die uns in der letzten Zeit bekannt gewordenen ziemlich bösartigen Fälle beziehen sich auf zwei Steingutbetriebe, einen Feinsteingutbetrieb und eine Porzellanfabrik. Ein Kollege — ein Fondsprüher in einer Porzellanfabrik — ist im vorigen Jahr unter Begleiterscheinungen, die auf Bleivergiftung als Todesursache weisen, gestorben.

Ueber die Krankheitserscheinungen bei Bleivergiftung gibt Dr. Koclich in einem 1921 gehaltenen Vortrag folgende Darstellung:

„Das klinische Bild der Bleischädigung ist außerordentlich vielgestaltig. Zunächst finden wir einen Zustand leichter Schädigung, die wir als „Bleibstrafe“ bezeichnen. Die Befallenen sind eigentlich nicht krank im landläufigen Sinne, sondern mehr als unwohl zu bezeichnen. Die Erscheinungen sind sehr unbestimmt: Mattigkeit, Kopfschmerzen, Verdauungsstörungen, wie Appetitangel, süßlichen Geschmack im Munde, Aufstoßen, Erndempfindung, Abmagerung usw. Vielfach werden diese Verdauungsstörungen als Magenkatarrh, Magen-geschwür und dergleichen gedeutet. Dazu tritt eine nervöse Reizbarkeit und Energielosigkeit. Die Gesichtsfarbe zeigt eine eigenartige fahle Blässe mit einem leichten Stich ins Aschgrüne, das Weiß der Augen zeigt vielfach eine leichte Gelbfärbung, die Lippen und die sichtbaren Schleimhäute sind bloß. Diese Hautverfärbung (Bleifolioris) ist zurückzuführen einerseits auf eine trampfartige Zusammenziehung der in den feinsten Blutgefäßen der Haut verlaufenden glatten Muskeln, dann aber auf eine Schädigung des Blutes beziehungsweise der roten Blutkörperchen. Dieselben geben zugrunde, es tritt infolgedessen eine gewisse Mutarmut auf, der ausgelaugte Blut-Infarkt wird durch den Harn ausgeschieden und ist unter Umständen dort chemisch nachweisbar (Osmatoporphyrinprobe). Mit der Zerstörung von roten Blutkörperchen geht aber auch eine Neubildung neuer Blutkörperchen vor sich, die in der Milz oder im Knochenmark erfolgt; diese Neubildung muß sehr schnell vor sich gehen, es kommen dabei noch teilweise unvollständig ausgebildete Blutkörperchen in die Blutbahn (sogenannte Jugendstadien), die bei mikroskopischer Betrachtung merkwürdige Erscheinungen in ihrem Körper zeigen; sie sind bei der Färbung eines Mutarmstriches mit bestimmten Farbstoffen in eigenartiger Weise farben (sogenannte basophile Granulationen). Wenn wir nun einen Bleiarbeiter vor uns haben, der solche Blutveränderungen zeigt, so dürfen wir im allgemeinen daraus schließen, daß diese durch Bleiaufnahme erzeugt sind, daß hier also die ersten Bleischädigungen vorliegen.“

Eine bekannte Erscheinung der Bleischädigung ist auch der Bleisaum, jene ichtheilige graue oder hell- bis dunkelblaugraue, linienförmige Verfärbung des Zahnschmelzes; derselbe ist häufig nur an einzelnen Zähnen deutlich zu sehen, an Zahnlücken oder bei guter Mundpflege fehlt er überhaupt. Er setzt sich bei feiner Enttöschung der Anwesenheit von Schwefelwasserstoff in der Mundhöhle voraus, der sich bei Säureprojekten im Mund (schlechte Zähne, mangelhafte Mundpflege) entwickelt und das im Munde kreisende Blei als schwarzes Schwefelblei im Zahnschmelz ausfällt. Wenn durch gute Mundpflege derartige Säureprojekte verhindert werden, so kann

Es ist vor wenigen Wochen konnten wir berichten, daß der Größtmachermacher in Lauscha und Umgebung den einstimmigen Beschluß gefaßt haben, ihre während des Krieges erzwungene Zwangsinnung aufzulösen und sich dem Keramischen Bund, Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes, anzuschließen. Dieser Beschluß ist inzwischen perfekt geworden. Die Auflösung der Zwangsinnung in Lauscha ist beschlossene Sache, weil die Mitglieder endlich erkannt hatten, daß die Innung ein total untaugliches Mittel ist, die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Berufsangehörigen zu vertreten. Und ausgerechnet in diesem Augenblick kommen einzelne, wirklich nur einzelne, wirtschaftliche Dr. Eisenbarte im Thermometer- und Glasinstrumentenmacherhandwerk, und versuchen ihren Kollegen weiszumachen, daß sie einen neuen Innungsstatuten aufmachen müßten.

Die in der Glasindustrie bestehenden Zwangsinnungen sind ausnahmslos während des Krieges oder unmittelbar danach errichtet worden. Einzelne Schieber schienen damals diese reaktionären Wirtschaftsgelüste. Das gelang damals leicht, weil die große Masse der jüngeren Generation, die den gewerkschaftlichen Gedanken hochsteht, im Kriege war. Inzwischen sind eine stattliche Zahl von Jahren ins Land gegangen. Die Innungen hatten reichlich Zeit und Gelegenheit, zu zeigen, was sie zu leisten vermögen. Und was ist das Ergebnis? Allgemeine Enttäuschung. Noch zu keiner Zeit war die wirtschaftliche Notlage der Kleinen, selbständigen Thermometer- und Glasinstrumentenmacher und Heimarbeiter so groß und schier unerträglich als wie im gegenwärtigen Augenblick. Eine Innung, ob freie oder Zwangsinnung, ist untauglich und ohnmächtig die wirtschaftlichen Belange der Berufsangehörigen mit Nachdruck wahrzunehmen. Einmal kann sie das nicht und zum zweiten will sie es nicht. Das trifft in besonderer Weise auf die Innungen im Thermometer- und Glasinstrumentenmacherhandwerk zu.

Lange genug hat man aus den Kreisen der Berufsangehörigen sehr mit Recht die Innung und deren Wirken abfällig kritisiert. Mit Recht ist die Frage aufgeworfen worden, ob man sich den Innungs- und Beitragszwang gefallen lassen müsse. Daran mögen jetzt die Thermometer- und Glasinstrumentenmacher denken. Wir fordern sie daher auf, sich gegen die Errichtung einer Zwangsinnung zu erklären und für sie gibt es nur eins: Anschluß an den Keramischen Bund, Abt. des Fabrikarbeiterverbandes.

## Gehlberg i. Thür.

Eine auch in den Kreisen unserer Kollegen bekannte und geachtete Persönlichkeit ist in Gehlberg i. Thür. in der Person des Kommerzienrats Eugen Gundlach am 12. Juni gestorben. Der Verstorbene war der Mitinhaber der Gundlach'schen Hohlglashütte, Königrohr- und Glasinstrumentenfabrik. Gundlach, der ein Alter von 74 Jahren erreichte, stand annähernd 50 Jahre gemeinsam mit seinem Bruder an der Spitze der seinen Namen tragenden Firma. Unter seiner und seines Bruders Leitung entwickelte sich die Firma, was vornehmlich die Qualität der auf den Markt gebrachten Fabrikate anlangt, zu einem erstklassigen Unternehmen, das führend in der Branche ist. Auch für wirtschaftliche und soziale Ideen hatte der Verstorbene Verständnis. Bereits längere Zeit vor dem Kriege führte die Firma Gundlach, als eine der wenigen unter den deutschen Industriellen, die tägliche 8-stündige Arbeitszeit ein. Die persönliche Ehrenhaftigkeit des Verstorbenen und der von ihm betundene soziale Weitblick sind in Arbeiterkreisen unbestrittene Tatsachen. Es drängt uns, dies hier anzudeuten.

R. D.

Es ist auch kein Bleisaum bilden. Der Bleisaum ist jedoch — ebenso wie die Blutveränderung — nicht gleichbedeutend mit einer fertigen Bleivergiftung; beide Symptome sind zunächst nur Zeichen, daß eine gewisse Menge Blei in den Körper aufgenommen wurde und hier kreist; wir nennen solche Personen „Bleiträger“, die einer besonderen Überwachung bedürfen und eventuell zeitweise mit giftfreier Arbeit beschäftigt oder zur Erholung beurlaubt werden sollen, um den Ausbruch der eigentlichen Bleikrankheit zu verhindern.

Aus dieser Anfangsercheinung einer Bleischädigung kann sich bei Fortsetzung der Bleiarbeit allmählich die eigentliche Bleikrankheit entwickeln. Wir finden hier zunächst die außerordentlich schmerzhaften Krämpfe der Darmmuskulatur mit Verstopfung, die stoll, weiterhin Empfindungsstörungen verschiedener Art in den Gliedern und Gelenken, Lähmungserscheinungen, insbesondere Lähmung der Streckmuskeln an Fingern, Handgelenk, Arm, eventuell auch der Beine, Nittern, Erkrankungen der Blutgefäße, der Nieren, dann die verschiedenartigen Störungen des Zentralnervensystems (Krämpfe, Gehirnleiden, Geistesstörungen), die unter dem Sammelbegriff der „Enzephalopathie“ zusammengefaßt werden.“

Wir machen hiermit erneut auf die Gefahr der Bleivergiftung in feinkeramischen Betrieben aufmerksam, um unsere Kollegen anzuregen, alle Möglichkeiten zur Vermeidung oder doch zur stärksten Einschränkung der Gefahr wahrzunehmen. Es wäre bezüglich der Bleigefahr ebenso, wie auch bei der Gefährdung durch Staubunge und Tuberkulose, verkehrt, erst bei eingetretener Erkrankung mit Hilfsmitteln einzusetzen — es muß in erster Linie vorbeugend (prophylaktisch) gewirkt werden. Zwar behaupteten Arbeitgeber schon öfter bei Auseinandersetzungen über die Bleigefahr: in feinkeramischen Betrieben bestehe eine Bleigefahr nicht, weil ja Blei direkt nicht verwendet würde, sondern nur Mennige (Bleivert) in gerütteltem Zustand (schmelzlos) der Steingutglasuren beigegeben werde. Die Tatsachen, die festgestellten Erkrankungen beweisen jedoch, daß trotz dieser Verwendungsart die Gefahr nicht behoben ist.

Unsere Bleigefährdeten Kollegen in den Betrieben müssen unter Mitwirkung der Arbeiterräte darauf drängen, daß alle möglichen Vorbeugungsmaßnahmen getroffen und auch tatsächlich durchgeführt werden. Zu diesem Zweck geben wir folgende Fingerzeige:

Die Arbeitsräume müssen stets rein gehalten und insbesondere die Fußböden durch ständiges Ausweischen oder feuchtes Abwischen von dem sich ablagernden Staube und sonstigen Staub- und Glasurenabfällen gereinigt werden. Die Räume sind täglich gründlich zu lüften.

Während der Arbeit müssen besondere Schutzkleider und Schutzhüte getragen werden.

In den Arbeitsräumen dürfen Speisen und Getränke nicht aufbewahrt und nicht genossen werden.

Vor dem Essen müssen die Schutzkleider und Schutzhüte abgelegt, der Mund durch Ausspülen mit reinem Wasser gereinigt und Hände und Gesicht mit heissem Wasser und Seife, und zwar die Hände unter Verwendung einer Bürste, sorgfältig gereinigt werden. In gleicher Weise haben sich die Arbeiter nach Schluß der Arbeit und vor dem Verlassen der Fabrik gründlich zu reinigen. Schutzkleider, Seife und Bürsten und vom Arbeiter zur Verfügung zu stellen.

Um diese Maßnahmen zu ermöglichen, müssen — gemäß an § 5b des Reichsarbeitsvertrags für die feinkeramische Industrie für die einschlägigen Abteilungen reichlich bewerkstelligte Waschpulver, Seife, Bürsten und Bürsten zu Verfügung gestellt werden. Für diese Forderungen ist die

Arbeitszeit Bezahlung zu leisten. Auch bei der Festsetzung von Stückpreisen muß die Zeit für Wachaupausen wie Arbeitszeit in Anwendung gebracht werden.

Den Arbeitern, die mit Mennige umzugehen haben, sind giftigste Staubmasken zur Verfügung zu stellen; — Jede dieser Arbeiter eine eigene Maske. Auch müssen Erstaubmasken vorhanden sein. Schadhast gewordene Masken sind durch neue zu ersetzen.

Farben- und Glasursprizen darf nur an gutfunktionierenden Abzugskästen vorgenommen werden.

Wenn die Arbeitgeber zur Durchführung solcher Vorbeugungsmaßnahmen nicht zu bewegen sind, ist die Gewerbeaufsichtsbehörde zu benachrichtigen, damit diese auf die Arbeitgeber einwirkt.

Durch die „Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten“ vom 12. Mai 1925 sind Erkrankungen durch Blei oder seine Verbindungen der Unfallversicherung unterstellt. Bleierkrankung gilt als gewerbliche Berufskrankheit und wird wie Berufsunfall nach den Bestimmungen der Unfallversicherung behandelt. Einen Fall hat die Töpfererei-Berufsgenossenschaft gegenwärtig in Verhandlung.

Es ist auch darauf zu achten, daß alle Erkrankungen, bei denen Bleischädigung als Ursache vermutet wird, besonders sorgfältig behandelt werden. Bei Bleierkrankung ist der Unternehmer ebenso, wie bei einem Betriebsunfall verpflichtet, Unfallanzeige an die Töpferereibergwerks-Genossenschaft und an das Versicherungsamt zu machen; auch dem behandelnden Arzt ist Anzeigepflicht auferlegt.

Wir werden der Bleigefahr in den feinkeramischen Betrieben erhöhte Aufmerksamkeit widmen, zumal zu befürchten ist, daß sich infolge der zunehmenden Intensität bei der Arbeitsverrichtung auch diese Gefahr steigert. Unsere Betriebs- und Zahnstellenfunktionäre müssen sich die gleiche Aufgabe setzen und uns durch lückenlose, eingehende Berichterstattung über ungenügende Vorbeugungsmaßnahmen und über festgestellte oder auch bleiverdächtige Erkrankungsfälle unterstützen.

**Rauen ein.**

Wir hatten uns vorbehalten in einem Artikel der Nr. 22 dieses Jahrganges, die Chronik für die Zahnstelle Sonneberg zu erweitern. So können wir heute wieder von einer gestärzten Größe berichten, über die ebenfalls das Rad der Zeit hinweg gerollt ist. Es betrifft dies den Herrn Direktor Leutheuser in der Porzellanfabrik Rauenstein. Der Betrieb Rauenstein ist nun glücklich so weit gekommen, daß er seine Wippen schließen muß. Man legt sich heute die Frage vor, warum es so weit

gekommen ist. Unserem Erachten nach dürfte es daran liegen, daß der Betrieb mit der modernen Zeit keinen Schritt gehalten hat. Die Herren sind aber anderer Ansicht, sie führen die angeblich zu hohen Löhne der Arbeiter als Schuld. So weit wir aber Einblick hatten, konnten wir ohne weiteres feststellen, daß sie zu tragen waren. Vielleicht sind die Löhne verschiedener anderer Leute zu hoch gewesen; denn wie man so müncheln hört, hat man das Gehalt des einen Herrn von 800 RM auf 1000 RM heruntergelegt. Die Arbeiterschaft in Rauenstein wird nun vor bittere Tatsachen gestellt werden, 1. wird sie arbeitslos, 2. hat sie es wahrscheinlich nun mit einem anderen Herrn zu tun, der nun versuchen wird, den Betrieb zu modernisieren und vielleicht nicht zuletzt auf Kosten der Arbeiterschaft. Sie wird die Augen offen halten müssen, damit nicht die Reiten des seeligen Strupp wiederkehren, sie wird aufwachen müssen aus ihrem gemächlichen Schlaf, wird sich den Schlaf aus den Augen reiben müssen. Heute wird das in Erscheinung treten, daß man keine fremde Industrie in den Ort hineinläßt, sondern darauf bedacht war, den Herrn Leutheuser als einzige Größe wirken zu lassen. Die ganze Arbeiterschaft des Ortes wird durch die Stilllegung des Betriebes vor die Tatsache gestellt, sich anderswo Arbeit zu suchen. Die Arbeiterschaft in anderen Orten sollte daraus lernen, daß man solchen Halsköllern beizugehen den Vorsichtigen vom Haupte ziehen muß, damit sie nicht, wie in diesem Falle, die Leidtragende ist. Der neue Chef für den Betrieb Rauenstein ist ein Herr Schwarz und soll, wie uns zu Ehren gekommen ist, vom Kaiser-Konzern nach Rauenstein berufen worden sein, um hier aus dem abgewirtschafteten Betrieb eine neue Goldgrube zu machen. Ob es ihm gelingt, ist die zweite Frage. Wir wünschen es, nur darf es nicht auf Kosten der Arbeiterschaft geschehen.

**Wiesbaden.**

Die wirklich schöne Ausstellung „Das deutsche Porzellan“ in Wiesbaden, die so großen Anklang fand, wurde auf Beschluß des Magistrats der Stadt bis zum 1. Juli verlängert. Schade ist es, daß Wiesbaden von den Porzellanindustrieregionen entfernt liegt, und daß die Kollegenchaft deshalb nicht die Gelegenheit hat, die Ausstellung zu besuchen. Dessenungeachtet aber die Fabriken nicht, wenigstens ihre Mustermaier und Modellreue nach Wiesbaden zu schicken.

**Porzellanwoche in den Bädern.**

Die Porzellanpropaganda wird außer der Ausstellung in Wiesbaden nun auch in den Bädern durch eine Porzellanwoche weitergeführt. Die Porzellanfabrikanten geben sich also Mühe, weiter für den Porzellanabsatz werben zu wirken. Es war Zeit, daß sie sich wieder mehr um Geschäft kümmern. Hoffentlich haben auch diese Ausstellungen Erfolg.

**Die Lungenerkrankungen der Thomasschlacken-Arbeiter.**

Eine für die Arbeiter in Thomasschlackemühlen, beim Laden und Transport von Thomasmehl typische Krankheitserscheinung ist die Lungenerkrankung. Daneben treten mit außerordentlicher Häufigkeit auch andere Erkrankungen der Atmungsorgane auf, wie Keuchhusten, Bronchialkatarrh, Bronchitis, Lungenentzündungen usw. Während sonst von familiären Erkrankungen fallen bei den Krankengeschichten nur 15 bis 20 Prozent auf die Erkrankung der Atmungsorgane entfallen, steigt bei Thomasschlackenarbeitern dieser Prozentsatz bis auf 50. In im Jahre 1927 erschienen Zusammenstellung auf Grund der Berichte der Gewerbeaufsichtsamter kommt Geheimrat Leymann vom Reichsarbeitsministerium zu dem Schluß, daß die Sterblichkeit der Thomasschlackenarbeiter ungefähr das 40fache der Sterblichkeit an Lungenerkrankungen unter den Mitgliedern der Leipziger Ortskrankenkasse beträgt. Gewerbedirektor Dr. Telety-Düsseldorf hat in seinem Aufsichtsbezirk eine Sterblichkeit von 33 Prozent an Lungenerkrankungen unter den Thomasschlackenarbeitern ermittelt; andere Autoren haben eine Sterblichkeit von 20 Prozent und darüber festgestellt.

Als Erkrankungsurache kommt der Staub der Thomasschlacken, das Thomasmehl in Frage. Nach Dr. Telety besteht dieser Staub aus feinen scharfen Partikeln, die mechanisch die Atmungsorgane verletzen. Da dieser Staub ferner 20 Prozent Asbest und phosphorsauren Kalk enthält, übt er auf die Schleimhäute der Atmungsorgane eine ätzende Wirkung aus und gibt so die Möglichkeit zur stärkeren Ausbreitung der Bakterien die wiederum zur Erkrankung der Atmungsorgane führen. Die Beschäftigungsdauer spielt dabei eine wesentliche geringere Rolle als die Empfindlichkeit der Schleimhäute bei dem einzelnen Arbeiter.

Dabei ist es gleichgültig, ob die Arbeiter im Freien oder geschlossenen Arbeitsräumen dem Thomasschlackenstaube ausgesetzt sind. Es werden von ihm die Mühlenarbeiter ebenso verschont wie die Transport- und Lagerarbeiter, die Arbeiterinnen beim Säcke ausbessern oder der Landarbeiter auf dem Felde. Der bayerische Landesgewerbearzt Prof. Dr. Köhler-München hat im Jahre 1927 sechs Fälle von Lungenerkrankungen festgestellt, wo Arbeiter beim Transport und beim Streuen von Thomasschlackemehl erkrankten und nach einer Krankheitsdauer von 3 bis 5 Tagen verstarben. Nach Köhler ist auch die Thomasschlackenpneumonie von der gewöhnlichen Lungenerkrankung zu unterscheiden durch die Schwere ihres Auftretens, durch die schweren zerebralen Erscheinungen, durch Delirien und durch den Auswurf, der vielfach aus der Lunge ausgeworfenen Stücken enthalte.

Da die Unfallberufsgenossenschaften — bis auf wenige Ausnahmen — sich weigern, diese durch Thomasschlackemehl hervorgerufenen Lungenerkrankungen, auch wenn sie nach einigen Tagen zum Tode führen, als Unfälle anzuerkennen, haben die beteiligten Gewerkschaften veranlaßt, vom Sozialpolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats ein Gutachten dahingehend zu verlangen, ob die Vorbedingungen vorliegen, um diese Erkrankungen im Sinne der Verordnung vom 12. Mai 1925 als Berufskrankheiten unfallversicherungspflichtig zu gestalten.

Der Reichswirtschaftsrat gab diesem Antrage der Gewerkschaften statt und vernahm in einem Arbeitsausschusse Sachverständige aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie aus den Vorkreisen zwei Gewerbedirektoren und einen Fabrikarzt.

In seiner Sitzung vom 14. Juni 1928 hatte sich der sozialpolitische Ausschuss des RWR mit der Auswertung dieser Gutachten, auf deren Inhalt wir teilweise hingewiesen haben, durch Hinweise auf Dr. Telety und Prof. Köhler zu befassen. Der sozialpolitische Ausschuss lehnte leider mit einer Stimme Mehrheit ab, dem Reichsarbeitsminister zu empfehlen:

„Der Verordnung vom 12. Mai 1925 sind zu unterstellen die Lungenerkrankungen durch Einatmen von Thomasschlackemehl in Thomasschlackemühlen, in Lagerräumen und beim Verladen.“

Durch diesen Beschluß, der nur ein Gutachten darstellt, hat der Reichswirtschaftsrat die tobdringende Tätigkeit der Thomasschlackenarbeiter wenigstens sozialpolitisch unerträglich eingestuft. Hoffen wir deshalb, daß der Reichsarbeitsminister trotzdem diesem Gutachten die Lungenschädigungen der Thomasschlackenarbeiter der Verordnung dennoch unterstellt.

G. Stühler, Hannover.

**Aufwand für Bauten im Jahre 1927**

In welchem Umfange die Bauindustrie konjunkturpolitisch wirkt, zeigt deutlich das Jahr 1927. Ist doch nicht zuletzt die gute Konjunktur des Vorjahres auf die außerordentliche Beschäftigung zurückzuführen. Aus diesem Grunde ist es auch verständlich, daß alle, die für die deutsche Wirtschaft mitverantwortlich sind, versuchen müssen, die konjunkturellen Wirkungen der Bauindustrie festzustellen und zugunsten der deutschen Volkswirtschaft zu beeinflussen. Das heißt, die Forderung erheben regelmäßig einen Bauetat für das laufende Wirtschaftsjahr aufzustellen. Der Schwierigkeit einer solchen Aufstellung sind wir uns wohl bewußt. Ist doch nicht nur allein zu berücksichtigen der Wohnraumbedarf, sondern auch all die anderen Faktoren, insbesondere Kapitalbeschaffung. Wie beeinflusst gerade letztere Tatsache ist, beweist die Kniekehlpolitik der öffentlichen Körperschaften in den letzten Monaten.

Von Seiten der öffentlichen Körperschaften wird denn auch immer mehr darauf gesehen, durch Vergebung von Bauten zu Zeiten geringerer Beschäftigung einen Ausgleich im Wirtschaftslauf zu schaffen. Vielleicht ließe sich auch eine Vereinbarmung durch Regelung der Baueinlässe der privaten Bauwirtschaft erzielen. Uebrigens Forderungen, die schon lange erhoben worden sind. Weil nun die Bauindustrie als Schlüsselindustrie sehr große Auswirkungen auf andere, insbesondere die baufördernde Industrie hat, sind diese bei Beurteilung des konjunkturellen Wirtschaftsverlaufes auch mit in Rechnung zu ziehen.

Professor Girich macht nun in seiner Zeitschrift „Bauen und Wirtschaft“, Heft 1, den Versuch, die Ausgaben für Bauten im Jahre 1927 und auch die finanziellen Arbeitsmarkt- und Lohnpolitischen Auswirkungen dieser Ausgaben aufzustellen. Nach dieser Aufstellung wurden insgesamt für Bauten — Wohnbauten öffentlichen und gewerblichen Bauten, sowie Straßen- und Tiefbau — 9 Milliarden Reichsmark auszugeben. Anteilmäßig sich diese Summe zusammen aus 4,5 Milliarden für Baustoffe, 3,2 Milliarden für Löhne und 1,3 für Verwaltung, Bauaufsicht, Baueingebühren, Anleihen und Zinsen. Demnach beträgt der Lohnanteil 35,5 Proz. der Gesamtausgaben.

Für gewerbliche und öffentliche Gebäude wurden 4,1 Milliarden, für Wohngebäude 3 Milliarden auszugeben. Von diesen 3 Milliarden wurden 1,06 Milliarden aus öffentlichen Mitteln aufgebracht (5,0 Millionen Hauszinssteuer). Man sieht hieran eine wichtige Aufgabe der Vertreter der öffentlichen Körperschaften in der Beeinflussung des Baumarcktes zu sein.

Von den 4,5 Milliarden Reichsmark für Baustoffe sieht Professor Girich die aus anderen Wirtschaftszweigen gelieferten und Frucht- und Transportkosten im Betrage von 2,1 Milliarden Reichsmark ab, so daß 2,4 Milliarden für die baufördernde Industrie übrigbleiben. Die Gesamtzahl der Arbeitsstunden in dieser Gruppe werden mit 1,9 Milliarden angegeben. So daß ein Arbeiter eine Arbeitsstunde mit 1,26 RM ergibt. Für die Bauindustrie (ohne baufördernde Industrie) wird ein Arbeiter eine Arbeitsstunde mit 1,57 RM angegeben. Im Jahre 1927 sind durch die 2,6 Millionen Menschen, die in der

**Folgen der Kartellpolitik in der Zementindustrie.**

Wir brachten bei dem Bericht über die Brandentzündung der Gruppe Grobkeramik zur Begründung für die Notwendigkeit von Reichsstarbverträgen einen kurzen Hinweis auf die sozialpolitischen (nicht sozialistischen, wie der Druckfehlerentel schreibt) Auswirkungen der Subsidial- und Kartellpolitik. Diese Ausführungen werden bekräftigt durch einen Aufsatz mit obiger Ueberschrift in der „Werkz.“ Nr. 25/28:

Während auf dem Baumarke Kapitalmangel herrscht, schwimmt die Zementindustrie im Geld. Die Abschüsse der großen Zementgesellschaften für das Jahr 1927 (im „Wirtschaftsdienst“ Heft 24 werden Zementabschlüsse von 22 Großunternehmen eingehend behandelt) zeugen von umfangreichen Gewinnen der Zementindustrie. Die ausgewiesenen Reingewinne der Zementgesellschaften bewegen sich zwischen 10 und 15 Proz., desgleichen die von ihnen verteilten Dividenden. Die Abschüsse geben jedoch noch kein Bild über die wirklichen Gewinne. Diese wurden für die Rationalisierung, vor allen Dingen aber für die Ausdehnung der Betriebe durch Neubauten verwendet. In den meisten Geschäftsberichten der Zementgesellschaften wird davon getraut, daß sich der Ausbau der Betriebe noch in vollem Gange befindet. Dieser Ausbau erfolgt aber aus laufenden Betriebsergebnissen ohne Inanspruchnahme des Aktien- bzw. des Fremdkapitals, d. h. auf dem Wege der Selbstfinanzierung. Die hohen Gewinne werden erreicht, obwohl die Leistungsfähigkeit der Zementbetriebe selbst im Konjunkturjahr 1927, wo die Umsätze um 20 Proz. höher waren als 1926, nur zu 60 Proz. ausgenutzt wurden. Unter solchen Umständen ist der weitere Ausbau der Betriebe, mag die Riesengewinne die Möglichkeit und den Antrieb geben, volkswirtschaftlich eine Reibleitung von Kapitalen. Ein anderer Teil der Gewinne wird dazu verwendet, um die Arbeiter der Zementindustrie, die durch die hohen Zementpreise angeleitet werden, zur Aufgabe ihrer Gründungspläne zu bewegen, ihnen die Rohstoffe zu liefern, oder aber, wenn sie bereits den Betrieb aufgenommen hatten, sie anzukaufen. So hat der Zementarbeiter in diesem Jahr die Vorteile der Kapitalwerke angekauft, während das Norddeutsche Kartell die Anteile eines anderen Ankaufers (Gemeinlicher Stahl- und Werkzeugwerke) ankauften. Wie hoch die vor der Zementindustrie gestellten Preise sind, dafür zeugt die Tatsache, daß während im Inlandgeschäft die Zementpreise in Berlin 49,50 RM kostete, der Zement nach Holland für einen Preis von 20—22 RM geliefert wurde, also zu weniger als der Hälfte des deutschen Preises. Diese Preisunterstützung erfolgte im Konkurrenzkampf mit der belgischen Zementindustrie. Als nun kürzlich eine Verhandlung mit der belgischen Industrie für den holländischen Markt bei ungünstiger Quotenbestimmung für Deutschland zustande kam, werden die Preise für Holland auf 30—32 RM erhöht, bleiben also immer noch tief unter den Inlandspreisen. Die Zementindustrie fordert nun eine gesetzliche Regelung, die ähnlich wie bei der Zementherstellung der Eisenwerke in Belgien sein soll. Diese Forderung ruht sich auf dem mit der von den Kartellmitgliedern selbst durchgeführten Ausdehnung der Werke zusammen, die im Jahre 1927 zu dem Rückgang auf spätere Zeiten führte. Im ökonomischen Schicksal der Zementindustrie herrscht der Widerspruch, daß die Zementwerke Heidelberg eine Zementherstellung betreiben. Sie verstoßen, sollen die Zementwerke im Laufe des Jahres Ende 1928 aus diesem austreten und ihm einen großen Zementwerk unter Ausgliederung einer Anzahl von Werken einzugliedern. Die Kapitalwerke der Zementindustrie im 11. Millionen Reichsmark soll der Verarmung der gesamten Zementindustrie dienen. Diese Pläne dürften nur der Zweck zusammenhängen, daß eine Gewinnpolitik der Zementindustrie bei Verarmung der Arbeiter durch die Zementindustrie der Zementindustrie ermöglicht auf die Dauer nicht haltbar ist und die Zukunft der Zementindustrie ernstlich bedroht. Die Zementindustrie möchte nun durch Einleitung eines Konkurrenzkampfes zwischen Kartell und Preis verhindern, wobei die Schwächen auf der Strecke bleiben sollen. Ein Sperrgesetz für die Zementindustrie wäre vom Standpunkt der Volkswirtschaft nur fragbar, wenn dabei der Zweck eines entscheidenden Einflusses auf die technische Entwicklung und die Preispolitik der Zementindustrie zu erreichen wäre.

Die Zementindustrie haben wir nicht viel hinzuzufügen. Das letzte Satz empfinden wir der besonderen Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Körperschaften. Wir müssen verlangen, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse entsprechen.

Wertlichkeitsvertreter in die Leitungen aller monovalentem Unternehmensformen aufzunehmen, muß endlich nachgelassen werden. Die Arbeiterschaft sowie auch die gesamte Verbraucherschaft hat ein Recht darauf, daß das in der Reichsüberleitung gegebene Versprechen, daß die Arbeiter und Angestellten dazu berufen sind, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken, nun bald eingelöst wird. Nicht nur die Auswirkungen der Kartellpolitik in der Zementindustrie, sondern auch der ganzen deutschen Industrie zwingen dazu.

**Mehr soziales Gefühl.**

Daß soziales Gefühl gewissen Kreisen unseres deutschen Volkes sehr fern liegt, ist zur Genüge bekannt, daß es jedoch so weit entfernt von den Wirklichkeiten des Lebens liegen würde, wie das bei einigen Arbeitsamtsvorsitzenden der Fall ist, sollte man trotz allem nicht für möglich halten. Entgegen dem Rechtsanspruch, den die Arbeitslosen auf Jagdbrüderlichkeit haben, bringen es viele dieser Herren fertig, das Recht in Unrecht zu verwandeln, d. h. unseren Kollegen das Jagdrecht, das sie zur Arbeitsaufnahme in ein erzwungenes Gebiet benötigen, nicht zu gewähren. Bekanntlich steht dem Erwerbslosen und unterstützungsberechtigten Arbeitnehmer nach § 132, Abs. 1, des Erwerbslosenversicherungsgesetzes das Recht zu, daß, wenn er zur Beilegung seiner Erwerbslosigkeit Reichslosen zählen muß, diese ihm vom Heimat- oder Arbeitsamt ganz oder teilweise zurückgegeben werden können. Man sollte also annehmen, daß entsprechend den Wünschen des Gesetzgebers — die im Gesetzeskommentar ganz ausführlich behandelt sind — die Arbeitsämter von diesem Recht ausgiebig Gebrauch machen würden. Weit gefehlt! Die ungläublichsten Nichtalienten sind gut genug, um den Vandalenarbeitern auch noch diesen kleinen Vorteil — der in Wirklichkeit ja gar keiner ist — illusorisch zu machen. Unsere im Frankfurter Jagdgebiet beschäftigten und von allen Teilen des Reiches nach hier gewanderten Kollegen können davon ein Lied singen. Sie waren es gemein, die sich mit Hilfe ihres Verbandes die Dreifaltigkeit erlaubten, die Heimat- oder Arbeitsämter zu bitten, das bereits von ihnen verantragte und von der Heimat nach der Arbeitsstätte notwendig gewordene Jagdrecht zurückzugeben. — Was sind das für treue Geiellen?, mögen einige Arbeitsamtsvorsitzenden in ihren Bärten gemurmelt haben. Keinen auf Kosten der anderen?, das fehlt gerade noch, dafür haben wir kein Geld.

Ablehnung! Gründe: Sie hätten Ihren Antrag zwecks Gewährung von Jagdrecht vor der Abreise stellen müssen, oder der letzte Tag der Gewährung war der 1. April... und was, wie andere, nicht durch das Gesetz begründete Ablehnungsschreiben mühen sich die Geschickter bieten lassen von Seiten, die von Sozialgefühl sehr wenig und von Menschlichkeit viel Verständnis haben. Ist es wirklich im Interesse der Arbeiter, wenn man den berechtigten der Wirtschaft dienende Maßnahmen — vielleicht von persönlichen Gründen — unterlassen, ohne dazu den nötigen rechtlichen Grund zu haben? Wie lange soll der Arbeitsmann eigentlich noch Objekt einzelner Ausbeuter sein. Oder ist er im Erwerbslosenversicherungsgesetz — entsprechend dem Willen des Gesetzgebers — nicht auch Subjekt? Wie lange glauben etliche Leute in diesen Metern über Andere, entgegen dem bestehenden Recht zu bestimmen? Nicht der Spruch-Anwalt, sondern der Arbeiter ist es, die Beschwerden schreiben anderer Jagdbrüdertragsteller wohlwollend zu prüfen, d. h. ihnen mitzugeben, entgegen dem gesetzwidrigen Verhalten ihrer Arbeitsamtsvorsitzenden. Das sind einzelne von diesen Herren in der bezügl. Angelegenheit geleistet haben, hauptsächlich im öffentlichen Vaterland, auch gegen alles Gute auf dem Markte der Öffentlichkeit. Zeit wäre es, derartige der Wirtschaft und dem Staat nicht nützende, sondern nur schädigende Maßnahmen zu beenden, statt sie in soch wichtigen Positionen zu belassen. Jedem ein Betätigungsfeld, entsprechend seinen Fähigkeiten! Nehmt ihnen, den Arbeitsamtsvorsitzenden, das nötige soziale Verantwortungsgefühl, dann sind sie nicht berechtigt für solche verantwortungsvollen Ämter. Die Arbeiterschaft zahlt nicht ihre wöchentlichen Beiträge in die Erwerbslosenversicherung auf Nummerwiedersehen, sondern zur gegenseitigen Hilfe in Tagen der Erwerbslosigkeit und zur Beilegung derselben. Also, meine Herren vom Arbeitsamt, in Zukunft etwas mehr Gesetzesbewußtsein verbunden mit einer kleinen Dosis von sozialem Gefühl von Seiten der Arbeiterschaft, der Wirtschaft und des Staates.

J. A. Kraus, Frankfurt.

# Der Bebel der Landstraße.

Von Walthar G. Oschilewski.

So nannten wir ihn, Hannes und ich, als wir vor Jahren die böhmischen und österreichischen Landstrassen hinuntertippelten, den Teufel Vergangenheit im Rücken und einen schmalen Streifen Glück vor uns, und so wurde Josef Bombold aus Lauten am Rhein auch von allen Sachverständigen, den Schmittern, den Holznechten und den Mägden genannt. Er war ein Mißgeburtskind, gewachsen wie eine böhmische Eiche, mit einem trompetenartigen Organ, zerfurchtem Gesicht und einer ungewöhnlich großen und verknorpelten Nase, auf die er sich verlassen konnte, da sie ihm manchen guten Wind in die Richtung trieb. Dieses, ein auf den ersten Blick wolfsähnlich anfallendes Gesicht, wurde durch zwei helle, offene Augen um einen Schein gütlicher: es waren Augen, die einem zwangen, ob man wollte oder nicht, Josef Bombold in die offene Hand zu schlagen. Er war ein guter Kamerad, auf den Verlaß war, und wanderte die Jahre hindurch. Auch bettelte er nicht, doch, aber nur in ganz seltenen Fällen klapperte er die Markthäuser ab, denen er am meisten gram war. Er arbeitete hier und dort, Tage und Wochen, auf den großen Gittern, in den Sägewerken, die ihm in den Weg liefen, in der Tschechoslowakei, in Rumänien, in Dänemark, in Holland, gelegentlich auch in den großen Städten. Aber keine Frau, an die er sich für kurze Zeit verloren hatte, und keine warme Weste, die ihm eine heimliche Verwurzelung vorzauberte, konnten ihn halten, wenn das Blut in dem alten Moch zu rumoren begann, und er einige Wiener-Wegezeiger in der Tasche hatte. Ungeheimlich schräg, verstopft und komisch anzuschauen, blinzelte er in die Sonne, als wollte er fragen: „Na, du alter Käse, ist's so weit?“, ging dann zwei Schritte nach vorn, hielt die Nase in den frischen Wind und, indem er die linke Augenbraue fast zwei Zentimeter hochriss, schnurrte er: „So, nun ist's wieder genug, auf die Beine, Galopp!“. Dann stolperte der alte Knabe wieder die Landstrassen hinauf und hinunter. In Schweden, in Oesterreich, in Italien kannte er jede Renne. Das Herumströmen hatte ihm im Laufe der Jahre einen ungeheuren Schatz an Erfahrungen, Erkenntnissen und Lebensweisheiten eingebracht. Ja, das mit dem Erwanderten ist so eine eigene Sache! Die jungen Leute, die in den Städten festgebunden sind, und nie hinauskommen, schauen immer durch eine Brille, mag sie nun rot, grün oder blau sein. Kein auf donnerndes Wetter haut ihnen die Illusionen, Träumereien und Einbildungen weg, keine Eroberung sticht ihnen die Haut braun und lebern und öffnet ihnen die Welt, die ungeheuer schön und gemein ist. Josef Bombold hatte Erfahrungen, das konnte man wohl sagen! Ihm konnte man seinen weißen Schwan an die Wand malen. Er wußte, wie der Fels läuft, und wozu Salz in der Welt gebraucht und mit Feuer gelocht wird! Wir erlebten oft die stürmischsten Diskussionen der Rennbrüder und professionellen Straßenräuber in den drittlichen Kneipen, in denen die Verkommnenen, von der Gesellschaft Gedächtnis und Abgetriebenen zwangsweise geduldet Gäste waren, und von Josef Bombold in temperamentvollen Reden aufgerüttelt, aufgelockert, neu mit Energie geladen wurden, um doch wieder hinter dem Pflug der Zeit zu marschieren und um nicht das gemeine Elend in einem dreieckigen Sechserknaps zu ersaufen. Man konnte ihn dann trompeten sehen, daß einem das Herz in den Mund sprang und man ganz glücklich wurde. Bombold, dieser Kerl, brachte es fertig, diese verkrusteten Herzen aufzutauen, in diese verstaubten, deralkoholisierten, oft vertierten Gesichter einen Schein Hoffnung und Reue einzupflanzen, der tröstlich schien. Wir hatten oft solche äußeren und inneren Verwandlungen mit-erleben dürfen. Bombold pflegte gewöhnlich zu sagen: „Der Mensch ist ein Nas, wenn es hochkommt, ein Schwein; wenn er süß, ein Hornvieh; wenn er nachdenkt, ein Dummkopf. Was muß er verändert werden!“. Das war auch ein pädagogischer Grundsatz, der Ausgangspunkt seiner Bemühungen.

Niemals habe ich wieder in diesem Milieu solchen Ernst mit dem eine notwendige soziale und bürgerliche Aufgabe angepackt wurde, verbunden mit der Blut eines so elementaren agitatorischen Feuers empfinden können.

Wir begegneten Josef Bombold wieder eines schönen Mathtages, der blaubehimmelt über uns hing. Die drei kalten Tage lagen schon hinter uns, nur ein frohliches Rippeln lag noch in den Beinen, sonst aber ging es gut vorwärts, die Luft war rein und die Wälder und Höhen grühten uns kameradschaftlich. Also da kam Josef Bombold dahergelittert, den schwarzen Sozialistenkalender tief ins Gesicht gedrückt, dunkelblau wie ein Neger, sehr lustig und ausgeräumt, wie man das bei einer kloßigen Herzlichkeit gewohnt war. „Hallo, Hannes und Walthar, und wohin schon wieder?“, belte er uns an und steckte seine großschalige Rechte in die unsrige. „Nach Bilsen, Steine laden, um wieder etwas Fleisch und Fisch zwischen die Zähne zu bekommen“, gaben wir zur Antwort und erzählten ihm, wie es uns ergangen, was uns an den Hut und die Hände spucken wollte.

Es war Mittag, und es war sehr warm. Wir kletterten in den schon grünüberwachsenen Straßenraben am Rande der Straße, ließen den Rücken gegen die Sonne liegen und lie uns auf das Hinterteil setzen, alle lagen wir auf dem Bauch, steckten uns Gräser in die Nase, bis wir niesen mußten, schnatterten bummles Zeug und so weiter.

Es war Wahlschlacht im Lande. Ein Duzend sogenannter Goldsparteien animierten die Bevölkerung und warben ihr den goldenen Sand der Betörung in die Augen. Alle waren sie auf einmal da: die Junker, die Reservelieutenants, die Schlottbarone, die Stiftsdamen. Alle marschierten sie heran, mit Versprechungen, mit Sägen, mit Versoffenheit, die Dickwanstigen, die Mannatten, um den kleinen Mann zu jagen, der ihnen ihre Würde, die Ausübung der Macht und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse auf Jahre hinaus garantierte. Die Großgärtner waren bereit, jede Kartoffel ihres Bodens, der ihnen von Rechts-

# Paul Umbreit 60 Jahre.



Am Sonnabend, dem 30. Juni, feiert Paul Umbreit seinen 60. Geburtstag. Daß er so alt geworden und doch so jung geblieben ist, ist natürlich nur zum Teil und insofern sein Verdienst, als er unseres Wissens immer sehr mächtig gelebt hat. Daß er Sache ist und den Sachsen in keiner Weise verleugnet, ist auch nur teilweise sein Verdienst. Aber daß er, der ehemalige Drechslergeselle, das „Correspondenzblatt“, die jetzige „Gewerkschaftszeitung“ zu einer der schnellsten Waffen des ADGB gemacht hat, und daß er nur 28 Jahre lang diese Waffe ständig mit einer Meisterschaft handhabt, die ihm bei seinen Freunden Bewunderung und bei den Gegnern Anerkennung und Respekt einträgt, das ist lediglich sein eigenes Verdienst, und das ist immerhin etwas, worüber wir uns alle gerade an einem solchen Tage freuen sollen. Er hat auch noch andere Aufgaben erledigt; siehe Vorstand des ADGB und Reichswirtschaftsrat und siehe moderne Arbeiterbewegung überhaupt, aber von denen wollen wir gar nicht erst reden. Und auch mit unseren Geburtstagswünschen wollen wir uns bescheiden: Möge Paul Umbreit ein siebenstes Lebensjahrzehnt voller Gesundheit, Arbeit und Erfolg beschieden sein! Das wünschen wir ihm von ganzem Herzen.

wegen gar nicht gehörte, mit den Söhlungen zu verteidigen. Josef Bombold kannte diese Jungens in grünem Loden mit dem Gembart am Hut und den sterren Gesichtern. Er war ihnen oft ins Gewerbe gesprungen, wenn sie es allzu arg trieben, und die Trabanten haben ihn dann mit den Hunden vom Hof geholt. „Da soll es aber diesmal mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht diese Kerle 110 Kilometer in den Wind treiben!“, schwor Bombold und ging wieder hinaus auf das platte Land, legte sich mit uns in den Straßengraben, um zu bedenken, was zu tun sei, um die Tagelöhner, die Holznechte, die Mägde vor dem Streikwagen des arbeitenden Volkes zu spannen, der gegen diese Jungens Sturm laufend sollte.

Und Bombold ging in die Arbeit, wie wir alle. Es war, um sich den Bauch zu halten, wenn er einem hochgeblasenen, blechmedernen Sendling, der in einer dorflichen Versammlung den Selbstad und den Herrn-im-Hause-Standpunkt der Junker entscheidend wollte, den Kopf wusch, daß die Funken sprühten, und sich selbst auf das Faßheber setzte, um die Tagelöhner und kleinen Bauern zu belehren, wo die wahren Ursachen ihrer Not liegen, warum die letzte Biene aus dem Stall muß, warum der Getreidewanderer, warum die Frauen in den Schmittlerkarnen mit verrosteten Haarnadeln, mit Seifenlauge ihre Schwangerchaften zu unterbrechen versuchen. In den schmalen Mittagspausen lag er vor ihnen, immer neue Argumente hervorholend, Fragen beantwortend, Verzweifelungen lindernd, wie eine rote Fahne der Empörung flag die Blut seiner Stimme über das lächelnde Volk. Immer schloß er mit Neben-Bebel's, die er auswendig wußte, und die Sah für Sah in diese Zeit pflanzte und die Gemüter und Hirne aufsticht machten; denn erd ist sein Wort.

## Nur eine tapfere Frau?

Die Wogen der Begeisterung und des Jubels über das gelungene Unternehmen der Bremenlieger haben sich langsam gelegt. Jetzt kann man ruhig wieder eine Zeitung in die Hand nehmen, ohne die Bilder der Flieger und ihrer Frauen in den verschiedensten Stellungen zu sehen.

Mit einer wahren Rat wurden von allen Kreisen der Bevölkerung die Berichte über die Ozeanflieger gelesen, ebenso die Bilder in den illustrierten Zeitungen geschaut. Gewiß war die Neberquerung des Ozeans ein Ereignis, war sie ein Beweis für den Fortschritt der Technik und es liegt mir ganz fern, die Bedeutung des Ozeanfluges zu verkleinern.

Doch können einige Betrachtungen über den Flug und seine Begleiterscheinungen nicht schaden. Die Flieger waren gelandet, da sandte der Kunstflieger einen Vortrag über die Flieger und ihre Angehörigen. Die Frau des Fliegers Köhl wurde eine heldenhafte Frau genannt. Ein paar Tage später brachten sämtliche illustrierten Zeitungen das Bild von Frau Köhl, meist mit der Unterschrift, eine „tapfere Frau“, eine „echt deutsche Frau“. Gewiß, sie ließ ihren Mann ziehen, ohne zu wissen, ob sie ihn überhaupt wiedersehen würde. Einer aber war doch sicher auch der Frau des Fliegers bekannt, daß Ende des Unternehmens konnte gut oder schlecht sein, für sie war in finanziell gesorgt.

Zur selben Zeit brachten die Zeitungen Berichte über Bergwerksunfälle in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Keine Zeitung widmete den Frauen der Bergarbeiter die Bezeichnung, die sie bei der Frau des Fliegers vergab. Und sind die Frauen der Bergarbeiter nicht größere Heldinnen, deren Tapferkeit und Mut jeden Tag einer neuen Prüfung unterzogen wird? Jeden Tag müssen sie ihre Männer und Söhne ins Ungewisse gehen lassen, nie sind sie sicher, ob ihre Angehörigen nicht nach Hause gebracht werden, verstümmelt, verkrüppelt oder gar tot. Opfer der Arbeit, um deren Schicksal nicht viel Aufsehen gemacht wird.

Aber nur wenige werden über den Unterschied zwischen der einen tapferen Frau und den vielen tausend tapferen Frauen nachgedacht haben.

Wer rühmt die vielen tapferen Frauen und Mütter, die in den Fabriken stehen und schaffen müssen für knappen Lohn, um dem Kapital Gewinn zu bringen? Wer rühmt die Frauen, die mit schwangerem Leibe solange es nur irgend geht, an den Maschinen und Arbeitsplätzen stehen?

Von den Zeitungen, die so sehr das Lob der Frau des Fliegers priesen, singt keine das hohe Lied der arbeitenden Frau aus dem Volke. Zu sehr sind die Menschen an das Heldentum der Arbeiterfrau gewöhnt, um es noch zu beachten.

Und die Tat einer Frau, von tausenden Arbeiterfrauen jeden Tag neu gebracht, wird in den Himmel gelobt, nur weil es eine Frau in gehobener sozialer Stellung ist. Mögen unsere Frauen einmal über die Ursache dieses krassen Unterschiedes nachdenken. Anna Singer.

## Endgültiges Wahlergebnis.

Der Reichswahlprüfungsausschuss stellte in seiner Sitzung am 1. Juni fest, daß die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 31 145 309 gegenüber 30 703 591 Stimmen im Dezember 1924 war. Da aber gleichzeitig die Zahl der Wahlberechtigten von 38 987 885 auf 41 295 102 gestiegen ist, so beträgt die Wahlbeteiligung nur 75,4 Prozent gegenüber 78,8 Prozent im Jahre 1924. Der Rückgang ist hauptsächlich verursacht durch die außerordentlich schwache Wahlbeteiligung in Südwestdeutschland, im badischen Wahlkreis haben nur 61,7 Prozent, in Hessen-Darmstadt nur 68, in Württemberg nur 68,3 der Stimmberechtigten abgestimmt; von den übrigen Wahlkreisen zeigt nur noch Köln-Nachdem eine ähnliche geringe Beteiligung mit 66,4. Stark über dem Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung im Wahlkreis Magdeburg (84,4 Prozent), im Wahlkreis Leipzig (83,4) und in Südhannover-Braunschweig (81,6 Prozent). Die Zahl der Stimmen in einem ist gegenüber 1924 von 277 780 auf 496 415 gewachsen. Auch die Zahl der ungültigen Stimmen hat etwas zugenommen, von 391 656 auf 420 830. Rund 1,3 Prozent aller Stimmen war diesmal ungültig. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß nur ein geringer Prozentsatz der Stimmgeltel durch ein Versehen der Wähler ungültig wird. Der größte Teil der ungültigen Zettel ist absichtlich ohne Kennzeichnung gegeben worden. Immerhin wird das Wahlprüfungsgericht eine genaue Nachprüfung der Stimmgeltel vorzunehmen haben, weil erfahrungsgemäß dadurch ein Zuwachs von Stimmen festgestellt wird. Nach der vorigen Reichstagswahl wurden im ganzen noch 23 886 für ungültig erklärt.

## Literarisches.

„Wohnungswirtschaft“ Heft 9-10. In Westdeutschland hat der gemeinnützige Wohnungsbau schon relativ früh günstigen Boden gefunden. Aber konnte die Entwicklung der gemeinnützigen Bauwirtschaft dort größere Schritte machen als im übrigen Deutschland. Die Wohnungswirtschaft, Zentralorgan der Deutschen Wohnungsfürsorge A. O. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Dewog), behandelt von diesem Gesichtspunkt ausführlich in ihrer neuesten Nummer den westdeutschen Wohnungsbau.

Über den gemeinnützigen Wohnungsbau im Rheinland schreibt Landtagsabgeordneter Hermann Meyer-Söllingen. Er geht von der Gründungszeit aus und weist nach, wie durch das Erstarken des Kapitalismus und durch den wirtschaftlichen Aufschwung Preußen-Deutschlands als natürliche Folge eine Verschärfung der Wohnungsnot eintrat, die in dem industriereicheren Rheinland bald zur Selbsthilfe der Arbeiterschaft und zur Bildung gemeinnütziger Baugenossenschaften führte. — Architekt Richard Linnecke gibt Einblicke einer westdeutschen Studienreise wieder, und in einem weiteren Artikel behandelt er die Tätigkeit des Spar- und Bauvereins Söllingen, der von Herrn Meyer, M. d. L., geleitet wird. In Söllingen sind 25 Prozent aller Haushaltsvorstände Mitglieder des Spar- und Bauvereins, eine Tatsache, die die erfolgreiche Arbeit dieser Organisation am besten vor Augen führt. — In Duisburg hat die Stadt eine vorbildliche Typenhaus-Siedlung erbaut, über die Stadtbaureferat Gablonsky interessante Ausführungen macht. Diese Siedlung mußte sich den Spas der Karikaturisten gefallen lassen und die „Wohnungswirtschaft“ bringt aus dem lustigen Buch von Hermann Grothe einige der vornehmsten Karikaturen zum Abdruck. Der Gemeinnützige Bauverein in Essen gibt einen Bericht über seine Tätigkeit, verfaßt von Direktor Wilhelm Schulte. Die Kölner Architekten W. Rinhahn und C. M. Groß behandeln Kölner Siedlungsarbeiten. — Nicht zuletzt muß aus diesem sehr reichhaltigen Heft der Geschäftsbericht der Dewog für 1927 erwähnt werden, aus dem hervorgeht, daß diese Organisation sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens zu einem mächtvollen Faktor im Wohnungsbauwesen entwickelt hat. Es war der Dewog-Organisation möglich, im Jahre 1927 3900 Wohnungen zu erbauen und weiteren 500 zur Finanzierung zu verhelfen. — Alle Ausführungen werden von zahlreichen sehr guten Bildern erhellt. So bietet das Heft in jeder Hinsicht wertvolle Anregungen.

Die „Wohnungswirtschaft“, die bei jeder Postanstalt bestellt werden kann, erscheint 14tägig, Bezugspreis 50 Pf. monatlich. Probenummern werden von der Geschäftsstelle, Berlin S. 14, Inselstr. 6, kostenlos versandt.

Bau- und Baustoffindustrie beschäftigt waren, also neue Werte im Wertage von 6,9 Milliarden Reichsmark geschaffen worden.

Dieser kurze Auszug beweist, daß es wohl möglich ist, einen Wirtschaftsplanaufzustellen. Da man doch den Wohnraumbedarf und auch die der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kapitalien ungefähr kennt, wird es auch möglich sein, einen planmäßigen Wirtschaftsverlauf zu bewerkstelligen. Dabei soll ruhig zugegeben werden, daß es in anderen Wirtschaftszweigen nicht so leicht möglich ist, wie beim Wohnraumbedarf, die Abgabefähigkeit festzustellen. Man sieht aber doch, die Forderung nach einer Planwirtschaft ist gar nicht mehr so etwas Utopisches. Die Arbeiterschaft hat aber ein Recht, daß sie als wichtigster Produktionsfaktor an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird. R.-e.

## Kriegig.

Arbeiten und nicht verweigern, lautet die Parole für alle, die in der Ziegelei in G...ndorf Arbeit genommen haben. Auch unter der Leitung des ehemaligen Regierungspräsidenten Schilling waren die erbärmlichsten Zustände in dieser Ziegelei. Jetzt ist das Werk verpachtet an einen Herrn Wegener. Der gute Mann will in unserem Bezirk den anderen Ziegeleibesitzern einmal zeigen, wie eine Ziegelei geleitet werden muß. Leider war die Belegschaft von Gassendorf 5 Jahre nicht mehr organisiert. Es kam so, wie es kommen mußte, die Löhne liegen heute 10 bis 15 Pf. unter dem Tarif. Urlaub, Überstundenvergütung, gerechte Arbeitszeit, Entschädigung für Handwerkzeug usw. sind tarifliche Vereinbarungen, die die dort arbeitenden Ziegler nicht mehr haben. Vor 4 Wochen hat sich die Belegschaft nun endlich wieder dem Peramischen Bund angeschlossen. Als die Zahlstelle Kriegig daraufhin die Forderungen bei der Firma einreichte, setzte Herr Wegener sofort mit Gegenmaßnahmen ein. Er bestellte 10 Arbeitskräfte in Deuthen (O. Schlef.). Diese jungen Mädchen wurden an die Stelle der

hiesigen Leute gestellt. Auch Ofenkente wurden in der Tageszeitung geschickt, nur fanden sich keine, weil die Firma den Namen infiziert hatte. Nach Gassendorf geht keiner arbeiten. Eine Wohnung ist für die Mädchen nicht vorhanden, sie kaufen in einem Verschlag auf dem Ziegelofen. Fenster sind vorhanden, aber die Glascheiben sind zerbrochen durch Papier. Ein heizbarer Ofen fehlt für 10 Leute, Kasse und Ofen wird in dem Ziegelofen gelocht, ein Strohsack und eine Decke sind vorhanden. Der Verschlag ist so lustig, daß der Brenner abends, wenn die Mädchen schlafen gehen, wegaugen muß. Dafür kann er früh um 5 Uhr die Mädchen wecken gehen. Arbeiten müssen die Mädchen den ganzen Tag, auch während der Pausen, sowie vor und nach der Arbeitszeit. Erst am 18. Juni verunglückte eine solche Arbeiterin abends in der neunten Stunde beim Aufstehen so, daß sie in das Krankenhaus nach Diegnitz übergeführt werden mußte.

Der Betrieb selbst ist eine „Schandwürdigkeit“ und sollte ausgetilgt werden. Namentlich die Abortanlagen sind eines Kulturvolkes unwürdig. An der Presse stehen die Leute im Wasser. Im Schacht waten die Arbeiter im Schlamm. Die Ausarbeiter müssen mit Brecheisen, Hammer und Meißel die Steine im Ofen auseinander schlagen, die Gleisanlagen sind alle mürbe, kein Rippwagen ist in Ordnung, überall ist alles müster, ein aufrechtes Gehen ist kaum möglich. Ein Raum zum Einnehmen der Maßzeiten ist wohl vorhanden, aber keine Gelegenheit zum Sitzen, bezugleich fehlt ein Tisch und die Fenster scheitern. Der Feizer muß die Pferde mit besorgen. Ja, es ist weit gekommen in der Ziegelei und das alles, weil die Arbeiter nicht mehr im Verbands sind und das alles, weil die Arbeiter nicht mehr im Verbands sind. Der Verbandsbeitrag war ihnen zu hoch, jetzt bekommen sie jede Woche 4-6 RM zu wenig Lohn ausbezahlt, da endlich bekümmt man sich, und nun soll der Verband besetzen. Wir werden es tun, es nicht erst immer soweit kommen zu lassen. Nur durch Saam-

es nicht erst immer soweit kommen zulassen. Nur durch Saam-eligkeit der Belegschaft können dann solche skandalösen Zustände eintreten. Die Vertretung aller Ziegler erfolgt durch den Peramischen Bund, keiner verläume es, ihm beizutreten.

## Raffior.

Am 16. dieses Monats stand die Lohnstreitigkeit der Ratiborer Ziegeleien vor dem Schlichtungsausschuss in Oepeln. Der Schiedspruch brachte eine durchschnittliche Lohnerböhung von 8 bis 10 Proz. Wer die Löhne in unseren Ziegeleien kennt, müßte glauben, die Unternehmer würden mit diesem Spruch zufrieden sein. Aber weit gefehlt. Die Ziegeleibesitzer schritten zur Absperrung und kündigten die Belegschaften zum 2. Juli. Dieses rigorose Vorgehen zeichnet die Einstellung unserer Ziegeleiarbeiter. Der Ziegelpreis hat sich gegenüber dem Vorjahr von 38 auf 45 RM, gleich 18 Proz. erhöht. Trotzdem geben die Ziegeleibesitzer an, daß sie bei diesem enormen Preis die Löhne nicht zahlen können. Wie schlecht die Ziegeleiarbeiter bezahlt werden, dafür einige Beispiele: Die Ziegelei Wende zahlt verheirateten Arbeitern und Maschinenisten einen Stundenlohn von 35 Pf. Die Ziegelei Müdel zahlt den Dreiarbeitern für die ständliche Arbeitswoche einen Bruttoverdienst von 28 RM. Die Bezahlung der Frauen ist noch bedeutend schlechter. Bei dem niedrigen Lohn, den sie erhalten, wird es ihnen selbst bei verlängerter Arbeitszeit zur Unmöglichkeit gemacht, auch nur 10 RM die Woche zu verdienen. Diese Lohnsituation ließen sich die Arbeiter nicht gefallen und beauftragten den Peramischen Bund im Verband der Fabrikarbeiter mit der Klage vor dem Schlichtungsausschuss. Nun behaupten die Unternehmer, daß ihnen in ihrer Praxis eine derartige Frechheit noch nicht vorgekommen sei. Ob die Stilllegung den geschlichen Weg gegangen ist, bezweifeln wir. Hoffentlich interessieren sich die Behörden für dieses Kampfspiel.

# Resultat der Wahlen zum 16. ordentlichen Verbandstag.

Rang	Ramen der Delegierten	Wohnort	Rang	Ramen der Delegierten	Wohnort	Rang	Ramen der Delegierten	Wohnort	Rang	Ramen der Delegierten	Wohnort			
<b>Gruppe 1:</b>														
1	Böger, Wilhelm	Hannover	5	Rothband, Max	Friedland	1	Schauer, Felix	Altenburg	5	Strasser, Theophil	Waldbüttel			
2	Comenius, Otto	Hannover	6	Schmugler, Willt	Bismarck	2	Heine, Max	Bera	6	Hege, Karl	Offenburg			
3	Kensch, Frau Martha	Hannover	7	Lütge, Louis	Hofstede	3	Babst, Karl	Ilmenau	7	Speich, Emil	Erlangen			
<b>Gruppe 2:</b>														
1	Berner, Theodor	München	1	Drems, Albert	Königsberg	4	Brehme, Alfred	Rudolstadt	1	Derringer, Heinrich	Ludwigshafen			
2	Rebelmeier, Sebastian	München	2	Bengwenat, Franz	Elstertal	5	Brandel, Gottfried	Sonneberg	2	Walter, Philipp	Friedrichsfeld			
3	Gurm, Raver	München	3	Meier, August	Elbing	6	Uweilius, Wilhelm	Sonneberg	3	Dobisch, Fritz	Saarbrücken			
4	Meyer, Ambrosius	München	<b>Gruppe 3:</b>											
5	Laufer, Hans	München	1	Medlin, Ferdinand	Breslau	7	Reinhardt, Albert	Blankenberg	4	Schwarz, Philipp	Speyer			
6	Diem, Karl	München	2	Prockers, Fritz	Hunglau	8	Geiner, Max	Gräfenthal	5	Ulbrich, Karl	Reustadt/Saara			
<b>Gruppe 4:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	3	Lang, Willi	Weißenwasser	9	Reinhardt, Gustav	Gräfenthal	<b>Gruppe 5:</b>					
2	Geiger, Georg	Heilbronn	4	Höhner, Hugo	Weißenwasser	10	Fritz, Walter	Gräfenthal	1	Krämer, Peter	Kraunfurt a.			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	5	Schenk, Wilhelm	Weißenwasser	11	Müller, Wilhelm	Jena	2	Gantermann, Wilhelm	Darmstadt			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	6	Reimann, Alfons	Mauscha	12	Apel, Ludwig	Salzungen	3	Nierbauer, Peter	Darmstadt			
<b>Gruppe 6:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	7	Schäfer, Wilhelm	Meißen	13	Böttig, Christian	Altenfeld	4	Schneider, Paul	Kassel			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	8	Kühn, Heinrich	Meißen	14	Wöhlert, Max	Altenfeld	5	Roth, Leonhard	Höchst			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	9	Rehm, Ernst	Meißen	15	Hilbert, Paul	Reich	6	Traber, Richard	Mainz			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	10	Jeremias, Ernst	Meißen	16	Lorger, Kurt	Reich	7	Vach, Max	Offenbach			
<b>Gruppe 7:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	11	Steinborn, Richard	Meißen	17	Wismann, Richard	Delze	8	Wehr, Anton	Worms			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	12	Siegmund, Ernst	Meißen	<b>Gruppe 8:</b>								
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	13	Rimmermann, Oskar	Meißen	1	Graf, Johann	Nürnberg	9	Seeger, Heinz	Niederlahnstein			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	14	Tempel, Hermann	Meißen	2	Krüger, Hans	Nürnberg	<b>Gruppe 9:</b>					
<b>Gruppe 8:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	15	Ridol, Emil	Meißen	3	Rüger, Hans	Walden	1	Hertwig, Paul	Köln			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	16	Ridol, Emil	Meißen	4	Rindner, Joseph	Walden	2	Brangli, Hermann	Köln			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	17	Ridol, Emil	Meißen	5	Zhen, Ludwig	Walden	3	Ruhner, Karl	Krefeld			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	<b>Gruppe 9:</b>											
<b>Gruppe 9:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	1	Mager, Richard	Dresden	6	Drummer, Johann	Walden	4	Mädge, Hermann	Udernach			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	2	Sauter, Gustav	Dresden	7	Kemmerlecht, Matth.	Walden	<b>Gruppe 10:</b>					
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	3	Banno, Nikolaus	Dresden	8	Müller, Christian	Langenau	1	Wob, Fritz	Hamburg			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	4	Schädel, Bertold	Dresden	9	Kopp, Otto	Langenau	2	Lorenz, Willi	Hamburg			
<b>Gruppe 10:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	5	Dittmann, Gustav	Dresden	10	Lauer, Karl	Langenau	3	Ment, Otto	Hamburg			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	6	Kühne, Artur	Dresden	11	Landgraf, Gustav	Langenau	4	Dibjck, Friedrich	Bremen			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	7	Jeremias, Ernst	Dresden	12	Mauer, Georg	Langenau	5	Müller, Paul	Sarburg			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	8	Steinborn, Richard	Dresden	13	Trautner, Hans	Langenau	6	Peter, Ludwig	Sarburg			
<b>Gruppe 11:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	9	Siegmund, Ernst	Dresden	<b>Gruppe 11:</b>								
2	Geiger, Georg	Heilbronn	10	Rimmermann, Oskar	Dresden	1	Berner, Otto	Stuttgart	1	Kirberg, Viktor	Düsseldorf			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	11	Tempel, Hermann	Dresden	2	Geiger, Georg	Heilbronn	2	Rasche, Paul	Darmen			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	12	Ridol, Emil	Dresden	3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	3	Deampfen, Gabriel	Neubedum			
<b>Gruppe 12:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	13	Ridol, Emil	Dresden	4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	4	Gundlach, Alfred	Dortmund			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	14	Ridol, Emil	Dresden	<b>Gruppe 12:</b>								
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	15	Ridol, Emil	Dresden	1	Berner, Otto	Stuttgart	<b>Gruppe 13:</b>					
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	16	Ridol, Emil	Dresden	2	Geiger, Georg	Heilbronn	1	Derringer, Heinrich	Ludwigshafen			
<b>Gruppe 13:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	17	Ridol, Emil	Dresden	3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	2	Walter, Philipp	Friedrichsfeld			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	<b>Gruppe 14:</b>											
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	1	Mager, Richard	Dresden	4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	3	Dobisch, Fritz	Saarbrücken			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	2	Sauter, Gustav	Dresden	<b>Gruppe 14:</b>								
<b>Gruppe 14:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	3	Banno, Nikolaus	Dresden	1	Krämer, Peter	Kraunfurt a.	4	Schneider, Paul	Kassel			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	4	Schädel, Bertold	Dresden	2	Gantermann, Wilhelm	Darmstadt	5	Roth, Leonhard	Höchst			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	5	Dittmann, Gustav	Dresden	3	Nierbauer, Peter	Darmstadt	6	Traber, Richard	Mainz			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	6	Kühne, Artur	Dresden	4	Schneider, Paul	Kassel	7	Vach, Max	Offenbach			
<b>Gruppe 15:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	7	Jeremias, Ernst	Dresden	5	Peter, Ludwig	Sarburg	8	Wehr, Anton	Worms			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	8	Steinborn, Richard	Dresden	6	Müller, Paul	Sarburg	9	Seeger, Heinz	Niederlahnstein			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	9	Siegmund, Ernst	Dresden	7	Kopp, Otto	Langenau	<b>Gruppe 15:</b>					
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	10	Rimmermann, Oskar	Dresden	8	Lauer, Karl	Langenau	1	Hertwig, Paul	Köln			
<b>Gruppe 15:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	11	Tempel, Hermann	Dresden	9	Landgraf, Gustav	Langenau	2	Brangli, Hermann	Köln			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	12	Ridol, Emil	Dresden	10	Mauer, Georg	Langenau	3	Ruhner, Karl	Krefeld			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	13	Ridol, Emil	Dresden	11	Trautner, Hans	Langenau	4	Mädge, Hermann	Udernach			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	14	Ridol, Emil	Dresden	12	Müller, Christian	Langenau	<b>Gruppe 16:</b>					
<b>Gruppe 16:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	15	Ridol, Emil	Dresden	13	Kopp, Otto	Langenau	1	Kirberg, Viktor	Düsseldorf			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	16	Ridol, Emil	Dresden	14	Lauer, Karl	Langenau	2	Rasche, Paul	Darmen			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	17	Ridol, Emil	Dresden	<b>Gruppe 16:</b>								
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	<b>Gruppe 17:</b>											
<b>Gruppe 17:</b>														
1	Berner, Otto	Stuttgart	1	Mager, Richard	Dresden	1	Berner, Otto	Stuttgart	1	Kirberg, Viktor	Düsseldorf			
2	Geiger, Georg	Heilbronn	2	Sauter, Gustav	Dresden	2	Geiger, Georg	Heilbronn	2	Rasche, Paul	Darmen			
3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	3	Banno, Nikolaus	Dresden	3	Philipp, Ludwig	Karlsruhe	3	Deampfen, Gabriel	Neubedum			
4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	4	Schädel, Bertold	Dresden	4	Kruze, Bernhard	Wormsheim	4	Gundlach, Alfred	Dortmund			

## Eine Meinung zum Verbandstag

In Nr. 23 des „Proletariats“ und in Nr. 24 des „Keramischen Bundes“ sind die Anträge zum 16. ordentlichen Verbandstage veröffentlicht worden. Nicht alle Anträge sind aufgeführt. Wenn darüber bereits Unstimmigkeiten in einigen Abteilungen bestehen, so glaube ich doch annehmen zu können, daß jeder Delegierte durch die Vorlage der Statutenberathungskommission in die Lage versetzt ist, die Mitglieder darüber orientieren zu können. Aus der Fülle der Anträge geht zweifellos die große, innige Anteilnahme der Mitglieder an dem Bestehen und Gedeihen, an dem Werden und Wirken des Verbandes hervor.

Im Vordergrund steht die Einführung der Invalidenversicherung und die Umgestaltung des Statuts nach den Beschlüssen der Verwaltungsreformkommission. Ueber die Einführung der Invalidenversicherung ist schon im „Proletariat“ und im „Keramischen Bund“ geschrieben worden. Kein Zweifel dürfte darüber bestehen, daß die überwiegende Zahl der Mitglieder grundsätzlich damit einverstanden ist. Das kann ja auch gar nicht anders sein. Die wirtschaftlichen Verhältnisse wirken hier bei jedem einzelnen mit. Die Existenz jedes einzelnen ist höchst unsicher. Die fortwährende Rationalisierung, die starke Konzernbildung, die Verschiebung der industriellen Bezirke in andere der Industrie sehr unangehörige Gebiete, sind Ursachen, die auf jeden einzelnen Arbeiter ihre Wirkung nicht verhehlen. Das ist alles Faktoren, die den Glauben an die dauernde Existenz, an die Lebensstellung stark ins Wanken gebracht haben. Da ist es selbstverständlich, daß der kluge und weise, der vorsichtige und überlegende Arbeiter mit Grauen daran denkt, wie sich wohl sein Lebensabend einmal gestalten wird. Fast jeden Tag muß er selbst miterleben, wie es seinem früheren Arbeitskollegen ergangen ist, der 10-20 Jahre und noch länger im Dienste einer Firma gestanden hat. Er wird plötzlich krank, der Unternehmer scheidet ihm die Papiere ab, er ist entlassen. Man beginnt die Qual für den aus der Produktion Ausgestoßenen. Er wandert zum Arbeitsnachweis, bewirbt sich auch von Fabrik zu Fabrik, aber überall erklärt man ihm: „Mein lieber Mann, Sie sind zu alt, wir haben außerdem Arbeitskräfte genug.“ Wie traurig, wie entsetzlich für ihn. Und dennoch ist es so. Er ist nicht der einzige. Nein! Tausenden geht es so. Überall hat man nach jungen Arbeitskräften. Das allein hat manchem Gegner der Unternehmerrückstellungen zum Bestenwort gemacht. Die Gegner der Invalidenunterstützung kommen heute noch mit Argumenten, die schon längst überholt sind. Man sagt: die Kampfkraft der Gewerkschaften wird geschwächt. Unterstützungsvereine sind die Gewerkschaften und vieles andere. Man behauptet, wenn zu den schon bewährten Unterstützungsvereinen die Invalidenunterstützung hinzukommt, so wird man sich mit diesen Fragen beschäftigt, so kann man nicht mehr von England zu sprechen. Im Jahre 1897 zählte von den 22 Trade-Unions 164 Arbeitervereine, ganz England werden zu der damaligen Zeit von den englischen Gewerkschaften die erbitterten Kämpfe mit den Unternehmern ausgefochten und auch die „Kassensysteme“. Bei allen „Kassensystemen“ waren, im Vergleich zu den deutschen Gewerkschaften, geradezu glänzend. Bei den Vereinigten Maschinenbauern gelangten die Kassensysteme im Jahre 1897 wie folgt: Einnahme 5.400.000 Mk., Ausgabe 2.900.000 Mk., Kasseebestand 4.000.000 Mk.

Alle 49 vereinbarten deutschen Organisationen hatten 1895 eine Einnahme von 2.745.617 Mk., Ausgaben von 2.140.985 Mk., Kasseebestand von 1.640.437 Mk.

Hierbei ist besonders hervorzuheben, daß die Hälfte der Einnahme und Ausgabe und des Kasseebestandes auf das Konto des Invalidenunterstützungsvereins kommt. Also waren leistungsfähig in einer einzigen englischen Organisation die Kassensysteme der deutschen Gewerkschaften weit so groß als wir in allen deutschen Gewerkschaften verbanden zusammen. Es wird wohl kein Kollege in unserem Verband die Beschränkung ablehnen wollen, daß von der Gründung der Gewerkschaften bis zur Einführung der Unterstützungsvereine die Gewerkschaften keine Kampforganisationen geworden sind. In Deutschland, wo das Klassenbewußtsein und der Sozialismus unter den Arbeitern tief Fuß gefaßt hat, ist eine Beschränkung der Kassensysteme unzulässig. Das sogenannte reine „Kassensystem“ genügt uns einmal nicht, ein die Hilfe für die Organisation zu gewinnen, und hier an die zu setzen, es bedarf

des materiellen Bandes, dieses aber wird nur durch die Unternehmerrückstellungen geschaffen. Selbst die wirtschaftlichen Organisationen der Werkstätten haben derartige materielle Bänder notwendig. Die landwirtschaftlichen Organisationen sorgen für Credit, Düngemittel, Maschinen, Feuer-versicherung usw., die der Industriellen und des Handelsstandes gewähren ähnliche Dinge. Auch unter der Arbeiterkassensystem ist der Sinn für Sicherungen verbreitet und es hat keinen Zweck, nicht auszusprechen, was ist. Es ist eine Tatsache, die wir zugestehen müssen, die aber bei allen Gewerkschaften vorhanden ist. Erst durch den Ausbau des Unterstützungsvereins, wodurch die Organisation, wie bewiesen, stärker und fester wurden, konnten erzielte Errungenschaften dauernd erhalten, die Löhne und der Arbeitsmarkt beeinflusst werden; erst dadurch wurden die Verbände wahre Kampforganisationen. Dessen die näher erläuterten Zustände zu, und ich habe sie mit Tatsachenmaterial belegt, so steht aber auch fest, daß mit der Einführung der Invalidenunterstützung der Kampfcharakter unseres Verbandes in keiner Weise herabgemindert wird. Darum Einführung der Invalidenunterstützung!

Nun zu der Höhe der Unterstützung. Die Höhe der Höhe in der Vorlage der Statutenberathungskommission sind sehr bescheiden. Anträge auf Erhöhung sind gestellt. Auch wir in Köln sind der Meinung, daß höhere Höhe gezahlt werden können. Man vergesse aber nicht, daß wir auch darin Maß und Ziel setzen müssen. Wir haben erst am Anfang mit diesem Unterstützungsverein und müssen noch vorwärts sein. Wir haben die gefundenen Kassensysteme noch nicht, die wir eigentlich haben müßten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind höchst unsicher. Das Auf und Ab der Wirtschaft steht uns dauernd vor Augen. Wir müssen also mit Wirtschaftskrisen in stärkstem Ausmaße rechnen. Hinzu kommt die Einstellung des Unternehmertums zur Lohnfrage, alles Dinge, die wir bei der Verteilung dieser Frage mit in Erwägung ziehen müssen. Eine solche Kassenorganisation von nahezu 500.000 Mitgliedern müßte mindestens 50.000.000 RM. Kasseebestand haben. Ja, das ist keine überhebende Zahl, wenn man sich nur ganz richtig die Aufgaben betrachtet, und in die Zukunft schaut. Die ausgenommene Statistik des Hauptvorstandes gibt uns wohl eine Handhabe, aber die tatsächliche Jahresausgabe haben wir nicht vor uns. Etatsüberschreitungen sind heute überall an der Tagesordnung, aber trotzdem glaube ich, daß es möglich sein wird, mit höheren Höhen zu beginnen.

Die Vereinheitlichung der gesamten Unterstützungsvereine, die sie durch die Verwaltungsreformkommission des VVBW beschlossen worden ist, können wir im ganzen betrachtet, nur begrüßen. Auf allen Verbandstagen sind Anträge nach Vereinheitlichung gestellt worden. Nicht allein bei unserem Verband, sondern der große Gedanke der Vereinheitlichung und Vereinfachung ist bei allen Gewerkschaften zu Tage getreten. Das Einheitsbuch ist bereits eingeführt, ein einheitliches Einheitsgeld ist sicher notwendig. Ebenso ist es ein Gebot der Einheitlichkeit, einheitliche Bestimmungen über die Leistungen bei den einzelnen Vereinen einzuführen. Bei einer solchen Umgestaltung ist es nicht zu vermeiden, daß der eine oder andere Verband Härten auf sich nehmen muß. Aber ist vergänglich, alles bewegt sich, auch unsere Statuten, die manchem Kassierer ans Herz gewachsen sind, bleiben von diesem ewigen Strom der Weltgeschichte nicht unberührt. Als ein ganz besonderer Fortschritt ist es zu bewerten, wenn jetzt die Arbeitslosenunterstützung von 12 auf 20 Wochen erhöht wird. Wenn dabei ein etwas geringerer Gesamtbetrag veranschlagt, der innerhalb von 65 Wochen bezogen werden kann, so steht diese Leistung unseres Verbandes im Verhältnis zu denen anderer Gewerkschaften mit auf einer Linie. Jedenfalls ist der Verband 20 Wochen lang Helfer in der Not und wirkt auch erzieherisch insofern, daß für eine längere Dauer zu den staatlichen Unterstützungsstellen und die der Sozialversicherung, eine nicht zu unterschätzende Beihilfe gewährt wird. Die Höhe dieser Beihilfe hängt von der Höhe der Beitragszahlung selbstverständlich ab, und es ist selbstverständlich, daß die Mitglieder, die besonderen Wert auf höhere Unterstützungen legen, auch auf der anderen Seite beizutragen müssen, einen höheren Beitrag zu leisten. Das sind alles Faktoren, die nicht zu unterschätzen sind.

Die Mittel zur den Lokalbeiträgen ist mir nicht besonders sympathisch. Vor einigen Jahren haben wir das System abgelehnt, und nun soll es wieder eingeführt werden. Die Maß-

teile, die wir damals für den Verband erblickten, sind uns aber noch bekannt. Aber auch hier sind Anträge gestellt, die man hätte beiseite lassen können. Für die Abstellen mit Angelegenheit kommt ja in erster Linie in Betracht, ob geistlich die Lokalkassen in ihren Einnahmen nicht geschmälert werden. Der durch gesunde Kassensysteme, der hier zu Tage tritt, ist verständlich, ist die Pflicht eines jeden Kassistenleiters, in erster Linie die Abstelle auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen. Man kann er nur dann, wenn bei normalen Verhältnissen auch notwendigen Einnahmen erzielt werden. Ebenso eifrig bestrebt aber auch der Hauptvorstand die Wahrung des Interesses des Gesamtverbandes, die Aufrechterhaltung der Kampfkraft unter allen Umständen, und das Aufbringen der Mittel, notwendig sind. Diese Einstellung ist ganz richtig. Aber die gute Lokalkasse muß vorhanden sein. Was nun mache eigentlich ist der Weg sehr leicht zu finden. Allgemein ist fest, daß ein großer Teil, ich möchte sogar behaupten, die überwiegende Zahl unserer Mitglieder, die Beiträge nicht zahlt, eigentlich auf Grund der erzielten Verdienste bezahlt werden müßten. Hier muß der Nebel angefaßt werden. Da liegt die Schuld begraben. Das ist unsere Schwäche, unser Schmerzpunkt sind im Verbande. Es müßte also möglich sein, auch bei der Einführung der Lokalbeiträge den Lokalkassen sowie Einnahmen zuzuführen, wie die Verhältnisse es erfordern, und daß die Meinung gegenüber früher bei den 35 Proz. den Lokalkassen ertragen wird. Auch nach dieser Richtung hin sind Anträge gestellt, die beides berücksichtigen sollen. Das Gesamtinteresse des Verbandes dürfen wir nicht verlieren, das muß unbedingt berücksichtigt werden.

Die Anträge, die sich mit der Zusammenlegung der Bundesleitung des Keramischen Bundes und eines gemeinsamen Verbandes beschäftigen, dürften den Verhältnissen voranzutreiben. Auch unsere Kollegen in der Grobkeramik vertreten die Auffassung, daß das Bundesorgan weiter bestehen solle. Auch diese Kollegen sind der Meinung, daß seit der Gründung des Keramischen Bundes, die Eigenart ihrer Berufsarbeit viel besser behandelt wurden, wie das im „Proletariat“ naturgemäß geschehen konnte. Und sind Zuschriften aus Glasarbeiterkreisen zugegangen, die, soweit sie die Verschmelzung betreffen, es freudig begrüßen, daß dieser Schritt getan worden ist, und es ist sich anzunehmen, daß dieses Zusammenwirken der einzelnen Organisationsgruppen sich immer inniger und besser gestalten wird, wenn alle von dem einen Gedanken durchdrungen sind, den großen Ganzen zu dienen. P. Hertwig.

### Arbeitsmarkt.

Wir stellen noch einige Maler ein, die perfekt in echt Kolonialmalerei mit feinem Stempel sind. Ferner eine durchaus geübte Druckerin. Derreise wird bezahlt. A. Severin & Co. Bunde i. M.

Mehrere tüchtige Röhrenmacher, sowie 3 Gehilfen auf Holzglas zum sofortigen Antritt gesucht. Angebote unter „Arbeitsnachweis“ an Fr. Schwedler, Vertrauensmann, Oberer Werra, Oberlauterbach.

3 Röhrenmacher für sofort gesucht (Kostgelderbeihilfe wird gewährt) durch Arbeitsnachweis für die Glasindustrie. Weißwasser D. S., Wustauer Straße 6.

Gesucht wird ein zuverlässiger, lediger Schmied für Maschinenbringer Müffel, der auch Reparaturarbeiten vornehmen kann. Angebote an Fritz Benninger, G. m. b. H., W. a. n. h. e. i. n. Lediger Porzellanmaler, der im Strichen und Mändern geübt ist, findet dauernde Stellung. Offerten sind zu richten an Fritz Benninger, G. m. b. H., W. a. n. h. e. i. n.

Es wird nach Schenkenthal ein verheirateter Apparatschleifer und ein lediger Sandhauer zum sofortigen Eintritt gesucht. Arbeitsnachweis Valentin S. a. n. a. U. t. s. c. h. e. n. t. e. n. h. a. l. Post Lam, Niederbayern.

Tüchtiger Glasmachergehilfe für Heberanglas für sofort gesucht. Angebote an den Betriebsratsobmann der Glasindustrie bei Wustau D. S.

Glasmacher gesucht auf Beleuchtungsglas für moderne Core und Warme Güter Verdienstl. Wiese & Enders Berlin, Brandenburgstr. 23.

Verlag: Albin Kari, Charlottenburg, Grabstr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Heuninger, Charlottenburg, Grabstr. 2-5. Druck: C. Janaszewski, Berlin SO. 26, Elisabethufer 28/29.